

WOLFGANG SEILER

Verbraucherschutz auf elektronischen Märkten

Jus Privatum

108

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 108



Wolfgang Seiler

Verbraucherschutz auf elektronischen Märkten

Untersuchung zu Möglichkeiten und Grenzen
eines regulativen Paradigmenwechsels
im internetbezogenen Verbraucherprivatrecht

Mohr Siebeck

Wolfgang Seiler, geboren 1958; Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; 1989 wiss. Assistent an der Universität Hannover; 1990 Promotion (Freiburg); 1993 Ministerium (Europa-, Verfassungs-, Datenschutz- und Presse-recht sowie Recht der Neuen Medien); 2001 wiss. Assistent an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg; 2005 Habilitation (Oldenburg); Privatdozent an der Universität Oldenburg

978-3-16-157953-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148873-3

ISBN-13 978-3-16-148873-3

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2006 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Rottenburg/N. aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Monika

Vorwort

Die nachfolgende Untersuchung ist die überarbeitete und gekürzte Fassung einer Habilitationsschrift, die der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg im Wintersemester 2004/2005 zur Annahme vorgelegen hat.

Als ich mich entschloss, doch noch zu habilitieren und zu meiner früheren wissenschaftlichen Tätigkeit zurück zu kehren, war ich bereits seit einigen Jahren in der Rechtsabteilung eines Ministeriums tätig. Zu meinem Arbeitsbereich gehörten das Europarecht, das Datenschutzrecht und das Recht der Neuen Medien, zu denen auch Gesetzentwürfe zu fertigen waren. Als Habilitationsschrift wollte ich deshalb ein Thema aus der rechtspolitischen Perspektive bearbeiten, nachdem die Sichtweise von Gesetzgebung und Rechtspolitik durch meinen Lebensweg zu einer mir vertrauten und inzwischen auch bevorzugten Form des Nachdenkens über und des Zugangs zum Recht geworden war. Das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz war zu dieser Zeit bereits erlassen worden und das Fernabsatzgesetz sowie die Schuldrechtsmodernisierung standen bevor, während die Europäische Union an Regelungen für den Schutz des Verbrauchers bei der Nutzung der Neuen Medien arbeitete. Die Zukunft Europas sah man zu einem großen Teil mit der Förderung und Entwicklung der Neuen Medien verbunden; die Öffentlichkeit erwartete von der Umstellung des Rechts und der Wirtschaft auf den eCommerce Außerordentliches. Ihr Informationsbedürfnis war deshalb erheblich, die Möglichkeiten, dieses Bedürfnis auch zu decken, waren gering.

Dies war das Klima, in dem sich mein Interesse entsprechend meinem privat- und wirtschaftsrechtlichen sowie rechtsinformatischen Schwerpunkt, den ich aus meiner wissenschaftlichen Tätigkeit ins Ministerium mitgebracht hatte, auf eine tiefere Befassung mit dem Verbraucherrecht der Neuen Medien zu richten begann. Nach dem Beginn der Arbeiten stellte sich allerdings schnell heraus, dass der Kenntnisstand in der Wissenschaft zwar fortgeschritten war, sich jedoch auf die dogmatische Klärung des normativen Regelungsbestandes beschränkte, der sich inzwischen angesammelt hatte und der schnell wuchs. Untersuchungen, die sich bemühten, das im Entstehen befindliche Rechtsgebiet in den weiteren privatrechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Zusammenhang einzuordnen, auf das zugrunde liegende System zu beziehen und auf Konsistenz zu überprüfen, fehlten indes.

Gleichzeitig wurden in den Wirtschaftswissenschaften verstärkt die ökonomischen Mechanismen der Neuen Medien untersucht und in diesem Zusam-

menhang vermehrt die US-amerikanischen Arbeiten zur Internet-Ökonomie rezipiert. In der anfänglichen Euphorie des Internetbooms bildete sich der Standpunkt, die Internet-Ökonomie sei etwas ganz Neues und ganz Anderes, das mit herkömmlichen ökonomischen Abläufen schlicht nicht zu vergleichen sei. Sie stelle deshalb ein völlig neues Marktmodell dar. In der Rechtswissenschaft führte dies zu der parallelen Annahme, Regelungen für das Internet müssten ganz anders als herkömmliche Regelungen sein. Für das mit Markt und Wettbewerb eng verbundene Verbraucherrecht der Neuen Medien ergab sich die Frage, ob sich die Gesetzgeber bei all der Betriebsamkeit, die sie auf allen Ebenen entfaltet hatten, über die ökonomischen und rechtlichen Grundlagen des Rechtsgebiets, das sie gerade zu schaffen im Begriff waren, jemals Rechenschaft abgelegt hatten, und ob sie nicht ganz andere Regelungen erlassen müssten, wenn sie es getan hätten. In diesem Umfeld fand ich schließlich das eigentliche Thema meiner Habilitationsschrift, die das Experiment wagt, das Verbraucherrecht der elektronischen Märkte auf seine rechtlichen und ökonomischen Grundlagen zurück zu führen und letztere gegen die neue Grundlage der Internet-Ökonomie auszutauschen.

Die Umstände, unter denen die Arbeit zustande kam, waren indes nicht immer einfach. Die akademische Beschäftigung musste anfangs auf Abende und Wochenenden beschränkt bleiben. Freilich war klar, dass eine Habilitationsschrift auf diese Weise keine Chance hat, fertig zu werden; Entscheidungen waren unumgänglich. Ich bemühte mich deshalb um meine Abordnung als wissenschaftlicher Assistent an die Universität Oldenburg, die allerdings erst rund achtzehn Monate später möglich war. Hier war ich bis zum Abschluss der Arbeit tätig. Allerdings hatte ich die ganze Zeit hindurch noch den Status eines abgeordneten Regierungsbeamten, den ich aus rechtlichen Gründen auch nicht aufzugeben bereit war. Da Abordnungen nur befristet ausgesprochen werden können, waren in regelmäßigen Abständen Entscheidungen über die Verlängerung der Abordnung erforderlich. Das zumindest theoretische Risiko des Abbruchs der Habilitation und der notwendig werdenden Rückkehr ins Ministerium war so ein ständiger Begleiter. Er führte nicht nur zu organisatorischem Zusatzaufwand, sondern auch zu dem anhaltenden Druck, die Arbeit so schnell wie möglich zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Konnte dieser Druck einerseits belastend wirken, führte mir andererseits das Thema der Arbeit selbst immer wieder vor Augen, dass der schnelle Abschluss der Arbeit ohnehin geboten ist. Da ich mich des Verbraucherrechts der elektronischen Märkte nämlich in einem recht frühen Stadium angenommen hatte und dieses Gebiet in den folgenden Jahren einen beinahe explosionsartigen Aufschwung erlebte, wurden während der Bearbeitungszeit nicht nur zahlreiche neue einschlägige Richtlinien und Gesetze erlassen, sondern die meisten Gesetze, die in der Arbeit eine Rolle spielen, wurden auch novelliert, viele davon mehrmals. So wurden, um nur wenige Beispiele zu nennen, das zentrale Fernab-

satzrecht mehrfach geändert, fast alle verbraucherrechtlichen Sondergesetze durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz aufgehoben und in das BGB integriert und das UWG sowie das GWB umfassend novelliert. Jede Gesetzesänderung erforderte auch eine Änderung der bisherigen Bearbeitung. Schon allein, um hier die Übersicht zu behalten, war es notwendig, behandelte Vorschriften in ihrer historischen Entwicklung zu betrachten. Jedes Mal stellte sich wieder die Frage, inwieweit Literatur und Rechtsprechung zur alten Rechtslage bei der Diskussion des geltenden Rechts weiter verwendet werden können. Daneben war eine wahre Flut von neu erscheinender Literatur und Rechtsprechung zu rezipieren. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass Änderungen der Rechtslage, Literatur und Rechtsprechung bis November 2005 berücksichtigt werden konnten.

Manches ist unter diesen Umständen unbehandelt geblieben oder kürzer abgehandelt worden, als dies aus heutiger Sicht wünschenswert erscheinen mag. Dies gilt zum einen für den gewählten methodischen Ansatz, der noch prägnanter hätte abgegrenzt werden können, zum anderen für die Gründe des Verbraucherschutzes auf elektronischen Märkten, die anhand der aufbereiteten ökonomischen Theorien hätten abgeleitet werden können, vielleicht sogar sollen, oder für das Lauterkeitsrecht, das von der netzökonomischen Betrachtung ausgenommen wurde. Daneben mag an mehreren Stellen die dogmatische Behandlung des geltenden europäischen und deutschen Rechts, insbesondere das gesamte Verbrauchsgüterkaufrecht, etwas kurz gekommen sein. Angesichts des Novellierungstempos in diesem Bereich konnte und sollte der Schwerpunkt der Untersuchung aber nicht auf der Vollständigkeit der dogmatischen Einzelheiten liegen, sondern auf den Grundlagen und Zusammenhängen des Rechtsgebiets.

Danken möchte ich zunächst und vor allem Herrn Prof. Dr. Jürgen Taeger, der mir nicht nur durch die Betreuung der Arbeit, sondern auch durch seine Bereitschaft, mich ungeachtet aller mit der Abordnung verbundener administrativer Hürden am Lehrstuhl zu beschäftigen, den Weg zur Habilitation erst geebnet hat. Mit viel Vertrauen in meine intellektuelle Selbständigkeit sowie darauf, dass ich meinen Weg gehen werde, hat er mir sowohl bei der Auswahl als auch bei der Bearbeitung des Themas die Freiheit gelassen, ohne die ich meine Gedanken nicht hätte entwickeln können.

Die Tätigkeit an der Universität Oldenburg, ohne die die Arbeit nicht hätte geschrieben werden können, wäre aber auch nicht möglich gewesen ohne die großzügige und wohlwollende Behandlung meiner Anliegen durch das Ministerium. Besonderen Dank schulde ich hier Herrn Abteilungsleiter Ministerialdirigent Dr. Joachim Krech, der unter jahrelanger Hintanstellung eigener Interessen und unter Verzicht auf meine Arbeitskraft meine Absichten und Pläne immer wieder unterstützt hat.

Schließlich danke ich Herrn Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL.M., von der Wirtschaftsuniversität Wien und Herrn apl. Prof. Dr. rer. pol. Ulrich Scheele vom

Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Universität Oldenburg für die Mühe der Zweit- und Drittbegutachtung. Dem Verlag Mohr Siebeck danke ich für die Aufnahme der Untersuchung in die Reihe Jus Privatum.

Keinesfalls vergessen möchte ich an dieser Stelle meine Familie und alle, die mir privat nahe stehen. Sie haben an meiner Habilitation nicht nur geduldig mitgetragen, sondern in mir immer wieder die Überzeugung gestärkt, dass all die Entbehrungen und Opfer nicht sinnlos sind, wenn mein eigener Glaube an die Habilitation nachzulassen drohte.

Oldenburg, im Mai 2006

Wolfgang Seiler

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungen	XXV

§ 1 Einleitung	1
I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
II. Methode und Gang der Untersuchung	5
III. Grundbegriffe der Untersuchung und Eingrenzung	14

Erstes Kapitel

Hergebrachte Paradigmen des Verbraucherprivatrechts

§ 2 Ökonomisches Paradigma	20
I. Verbraucherpolitik der Bundesregierungen	20
II. Entwicklung der Verbrauchergesetzgebung	29
III. Nationalökonomische Theorie des Verbraucherschutzes	51
IV. Wirtschafts- und rechtspolitische Theorien des Verbraucherschutzes	101
§ 3 Sonderrechtsparadigma	121
I. Verbraucherrecht und Zivilrechtskodifikation	121
II. Verbraucherrecht und Privatautonomie	131
§ 4 Europarechtsparadigma	145
I. Entwicklung der verbraucherpolitischen Kompetenz- grundlagen im europäischen Primärrecht	146
II. Parallelen und Divergenzen in den europäischen und deutschen Verbraucherpolitiken	157
Zusammenfassung des ersten Kapitels	169

Zweites Kapitel

Verbraucher und elektronische Märkte

§ 5	Ökonomische Grundlagen elektronischer Märkte	172
I.	Merkmale und Koordinationsprozesse	172
II.	Bedeutung von Information und Informationskosten für den Markt	177
§ 6	Virtuelle Marktplätze für Verbraucher	206
I.	Entwicklung des Internet zum kommerziellen Transaktionsmedium	207
II.	Elektronische Verbrauchermärkte im Internet	210
III.	Gründe für Verbraucherschutz auf elektronischen Märkten ...	216
	Zusammenfassung des zweiten Kapitels	219

Drittes Kapitel

Netzökonomie als alternatives Paradigma
des Verbraucherprivatrechts der elektronischen Märkte

§ 7	Netzökonomie	222
I.	Industrieökonomisches Konzept	223
II.	Implikationen der Netzökonomie für Anbieterstrategien, Marktstruktur und Wettbewerb	240
§ 8	Bedeutung der Netzökonomie für das Verbraucher- privatrecht der elektronischen Märkte	245
I.	Zur Einordnung der Netzökonomie als neues Marktmodell ...	245
II.	Bedeutung des informations- und netzökonomischen Paradigmas für das Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte	246
§ 9	Verbraucherbezogene Implikationen der Netz- und Informationsökonomie	248
I.	Zunehmende Markttransparenz und Wettbewerbsintensität ..	248

II. Sinkende Transaktionskosten und Disintermediation	256
III. Verschiebung der Marktmacht zur Verbraucherseite	260
Zusammenfassung des dritten Kapitels	262

Viertes Kapitel

Europäische und nationale Instrumente des Verbraucherprivatrechts der elektronischen Märkte im Licht des netzökonomischen Paradigmas

§ 10 Wettbewerbsrechtliche Instrumente	264
I. Kartellrecht und Kartellpolitik	265
II. Zusammenfassung	293
§ 11 Europäische Instrumente	295
I. Rechtsgrundlagen	295
II. Sekundärrechtlicher Verbraucherbegriff	313
III. Instrumente des europäischen Verbraucherrechts der elektronischen Märkte	315
§ 12 Anbieter-Informationspflichten	318
I. Fernabsatzrecht	320
II. eCommerce-Recht	349
III. Telediensterecht	354
IV. Ältere Materien	359
V. Folgerungen	365
§ 13 Verbraucherspezifische Vertragslösungsrechte	373
I. Allgemeine Widerrufs- und Rückgaberegelungen (§§ 355 ff.) ..	373
II. Modifizierende Bestimmungen des speziellen Verbraucher- privatrechts für elektronische Märkte	383
III. Folgerungen	398

§ 14 Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	400
I. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den elektronischen Vertrag	402
II. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	408
Zusammenfassung des vierten Kapitels	412
Ergebnisse der Untersuchung	413
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	415
Literaturverzeichnis	423
Web-Quellen-Verzeichnis	457
Namensregister	461
Schlagwortverzeichnis	463

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungen	XXV

§ 1 Einleitung	1
I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	1
1. Gegenstand der Untersuchung	1
2. Ziel der Untersuchung	5
II. Methode und Gang der Untersuchung	5
1. Methode der Untersuchung	5
a) Denken in leitenden Konstruktionsparadigmen	6
b) Historisch-deskriptiver Ansatz	7
c) Funktion der Nationalökonomie in der Untersuchung	8
d) Abgrenzung zur normativen economic analysis of law	8
aa) Konzept	8
bb) Kritik	10
2. Gang der Untersuchung	13
III. Grundbegriffe der Untersuchung und Eingrenzung	14
1. Elektronische oder elektronisierte Märkte	14
2. Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte und Wettbewerbsrecht	16
3. Netzökonomie	17

Erstes Kapitel

Hergebrachte Paradigmen des Verbraucherprivatrechts

§ 2 Ökonomisches Paradigma	20
I. Verbraucherpolitik der Bundesregierungen	20
1. Programmatik	20
2. Politikfelder, Wettbewerbspolitik und Verbraucher- privatrecht	25
II. Entwicklung der Verbrauchergesetzgebung	29
1. Ausbreitung des Verbrauchergedankens im Wettbewerbsrecht	31
a) Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb von 1909 sowie Novellen von 1965 und 1986	31
b) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957	33
2. Stationen privatrechtlichen Verbraucherschutzes bei besonderen Absatz- und Vertriebsformen	36
a) Abzahlungsgesetz von 1894 sowie Novellen von 1969 und 1974	36
b) Haustürgeschäftwiderrufsgesetz von 1986	40
c) Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts von 2000	45
aa) Fernabsatzgesetz	45
bb) Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs	49
III. Nationalökonomische Theorie des Verbraucherschutzes	51
1. Markt als Koordinationsverfahren: Zum Verhältnis von Verbraucherrecht und Markt	52
a) „The invisible Hand“	52
b) Neoklassische Theorie des stationären Marktgleichgewichts ...	56
c) Liberale Markttheorien	63
aa) Markt als prozesshaftes Geschehen	63
α) Marktprozesstheorie	63
β) Marktsicht Friedrich August von Hayeks	65
bb) Chicago School	71
d) Ordoliberaler Sicht: das Ordnungsmodell Euckens	75
2. Konzeptionen des Wettbewerbs	76
a) Dynamischer Wettbewerb der Klassik	76
b) Vollkommener Wettbewerb der statischen Gleich- gewichtstheorie	77
c) Vollkommener Wettbewerb der Chicago School	80
d) Vollständige Konkurrenz bei Eucken	85

e) Dynamischer Wettbewerb der Marktprozessstheorie („effective competition“)	86
f) Wettbewerb als Entdeckungsverfahren im Sinne von Hayeks	90
3. Marktziele	91
a) Effizienz	91
b) Individuelle Freiheit	94
c) Stärkung sozialer Aspekte	95
d) Gesellschaftliche Freiheit	97
4. Zusammenfassung	100
IV. Wirtschafts- und rechtspolitische Theorien des Verbraucherschutzes	101
1. Verbraucherpolitische Theorien	102
2. Rechtspolitische Verbraucherschutztheorien	103
a) Liberales Wettbewerbs- und Informationsmodell	104
b) Systemkritische Alternativmodelle	108
aa) Konstantin Simitis	108
bb) Udo Reifner	110
cc) Norbert Reich	113
dd) Dieter Hart und Christian Joerges	116
3. Zusammenfassung	117
§ 3 Sonderrechtsparadigma	121
I. Verbraucherrecht und Zivilrechtskodifikation	121
1. Ausklammerung sozialer Materien aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch	121
2. Kodifikationsidee und gesellschaftlich-ökonomischer Strukturwandel	125
3. Politik der privatrechtlichen Verbrauchergesetzgebung	129
a) Standortdebatte	129
b) Schuldrechtsmodernisierungsgesetz von 2001	130
II. Verbraucherrecht und Privatautonomie	131
1. Funktionen von Vertrag und Vertragsfreiheit	131
a) Vertrag und Vertragsfreiheit als Institutionen zur Ermöglichung von Selbstbestimmung	131
b) Vertrag und Vertragsfreiheit als Institutionen zur Ermöglichung einer „richtigen“ Regelung	133
c) Kritik an der Lehre von der „richtigen“ Regelung	134
d) Marktmechanismus als Schutzobjekt von Vertrag und Vertragsfreiheit	135
2. Paradigmenwechsel von der formalen Privatautonomie des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Vertragsgerechtigkeit	136

3. Gründe für Verbraucherschutz auf konventionellen Märkten	140
4. Zusammenfassung	143
§ 4 Europarechtsparadigma	145
I. Entwicklung der verbraucherpolitischen Kompetenz- grundlagen im europäischen Primärrecht	146
1. Römische Fassung des EG-Vertrages von 1957 (Rechtsangleichung)	146
2. Einheitliche Europäische Akte von 1986 (Binnenmarktkompetenz)	149
3. Verbraucherschutz unter dem EU-Vertrag von Maastricht 1992 (binnenmarktunabhängige Kompetenz) .	151
4. Verbraucherschutz nach den Verträgen von Amsterdam von 1997 und Nizza von 2001 (kompetenzielle Konsolidierung)	154
II. Parallelen und Divergenzen in den europäischen und deutschen Verbraucherpolitiken	157
1. Verbraucherpolitische Konzeption	157
2. Schutzniveau	159
a) Rechtsprechung des EuGH zur Warenverkehrsfreiheit	159
b) Unterschiedliche Leitvorstellungen vom Verbraucher	164
c) Wandel des deutschen Verbraucherleitbildes	166
Zusammenfassung des ersten Kapitels	169

Zweites Kapitel

Verbraucher und elektronische Märkte

§ 5 Ökonomische Grundlagen elektronischer Märkte	172
I. Merkmale und Koordinationsprozesse	172
II. Bedeutung von Information und Informationskosten für den Markt	177
1. Theorie der vollkommenen Märkte	179
2. Theorie der unvollkommenen Märkte	182
a) Informations- und Transaktionskosten	183
aa) Begriff	183
bb) Informations- und Transaktionskosten als Koordi- nierungskosten	184

b) Informationsökonomie	187
aa) Unvollkommene Preistransparenz	189
bb) Unvollkommene Qualitätstransparenz	193
cc) Lemon-Märkte und Verbraucherrecht	198
c) Marktprozesstheorie und Neue Institutionenökonomie	201
§ 6 Virtuelle Marktplätze für Verbraucher	206
I. Entwicklung des Internet zum kommerziellen Transaktionsmedium	207
II. Elektronische Verbrauchermärkte im Internet	210
1. Einzelhandelssysteme	211
2. Online-Malls	213
3. Auktionssysteme	214
4. Powershopping	215
III. Gründe für Verbraucherschutz auf elektronischen Märkten ...	216
Zusammenfassung des zweiten Kapitels	219

Drittes Kapitel

Netzökonomie als alternatives Paradigma des Verbraucherprivatrechts der elektronischen Märkte

§ 7 Netzökonomie	222
I. Industrieökonomisches Konzept	223
1. Netzwerktheorie und Netzeffekte	224
a) Direkte Netzwerke und direkte Netzeffekte	225
b) Indirekte Netzwerke und indirekte Netzeffekte	226
c) Netzeffekte auf elektronischen B2C-Märkten	228
d) Netzeffekte als Versagen des neoklassischen Marktes	229
2. Marktstruktur in der Netzökonomie	231
3. Lock-in-Effekte	233
4. Ergänzende Konzepte	235
a) Fixkosten	235
b) Externe Effekte	237
c) Asymmetrische Information	238
d) Öffentliche Güter	240
II. Implikationen der Netzökonomie für Anbieterstrategien, Marktstruktur und Wettbewerb	240

1. Marketingstrategien	241
a) Follow-the-free	241
b) Versioning	241
c) Weitere Möglichkeiten der Erlösgenerierung	242
2. Marktstruktur und Wettbewerb	243
§ 8 Bedeutung der Netzökonomie für das Verbraucher- privatrecht der elektronischen Märkte	245
I. Zur Einordnung der Netzökonomie als neues Marktmodell ...	245
II. Bedeutung des informations- und netzökonomischen Paradigmas für das Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte	246
§ 9 Verbraucherbezogene Implikationen der Netz- und Informationsökonomie	248
I. Zunehmende Markttransparenz und Wettbewerbsintensität ..	248
II. Sinkende Transaktionskosten und Disintermediation	256
III. Verschiebung von Marktmacht zur Verbraucherseite	260
Zusammenfassung des dritten Kapitels	262

Viertes Kapitel

Europäische und nationale Instrumente des Verbraucherprivatrechts der elektronischen Märkte im Licht des netzökonomischen Paradigmas

§ 10 Wettbewerbsrechtliche Instrumente	264
I. Kartellrecht und Kartellpolitik	265
1. Wettbewerbspolitisches Konzept des GWB	266
2. Fallbeispiele aus den USA	269
a) Erstes Beispiel: Markt für PC-Betriebssysteme	270
aa) Fall Vereinigte Staaten gegen Microsoft	271
bb) Rolle der Verbraucher auf dem Betriebssystemmarkt	277
b) Zweites Beispiel: Kreditkartenmarkt	279
aa) Fall Vereinigte Staaten gegen Visa und MasterCard	280
bb) Rolle der Verbraucher auf dem Kreditkartenmarkt	283
3. Kartellpolitik der elektronischen B2C-Märkte nach deutschem Recht	283

a) Marktbeherrschung	283
aa) Abgrenzung des relevanten Marktes	284
bb) Marktmacht	286
b) Behinderungswettbewerb	287
aa) Preisunterbietung	288
bb) Preismissbrauch	290
cc) Produktkoppelung	290
dd) Ausschließlichkeitsbindung	291
ee) Zugang zu wesentlichen Einrichtungen	292
II. Zusammenfassung	293
§ 11 Europäische Instrumente	295
I. Rechtsgrundlagen	295
1. Grundfreiheiten	296
2. Sekundärrecht	297
a) Fernabsatzrichtlinie	297
aa) Informationsparadigma	299
bb) Widerrufsparadigma	301
cc) Unangeforderte Werbung durch Fernkommuni- kationsmittel	301
b) eCommerce-Richtlinie	302
aa) Anbieteridentifikation bei elektronischer Kommunikation	304
bb) Unerbetene kommerzielle Kommunikation	305
cc) Elektronische Verträge	307
c) Nicht internetspezifische Richtlinien	310
II. Sekundärrechtlicher Verbraucherbegriff	313
III. Instrumente des europäischen Verbraucherrechts der elektronischen Märkte	315
1. Anbieter-Informationspflichten	315
2. Verbraucherspezifische Vertragslösungsrechte	316
3. Inhaltskontrolle	317
4. Zusammenfassung	317
§ 12 Anbieter-Informationspflichten	318
I. Fernabsatzrecht	320
1. Anwendungsbereich	320
a) Fernkommunikationsmittel	320
b) Vertragsgegenstand	323
c) Organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem	324
d) Bereichsausnahmen	327
aa) Fernunterrichtsverträge	328
bb) Time-Sharing-Verträge	328

cc) Versicherungsgeschäfte	329
dd) Grundstücks- und Immobilienverträge	331
ee) Hauslieferungsverträge	331
ff) Tourismusleistungen	333
gg) Automatenverträge und Verträge zur Nutzung öffentlicher Fernsprecheinrichtungen	334
2. Informationspflichten des Internet-Anbieters	334
a) Lauterkeitsrechtliche Vorabinformationen	335
b) Zivilrechtliche Unterrichtungspflichten vor Vertragsschluss ...	337
aa) Transparenzgebot	338
bb) Zeitpunkt der Information	338
cc) Informationsübermittlung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	339
dd) Inhalt der Informationspflichten	340
α) Wesentliche Merkmale der Leistung und Zustandekommen des Vertrages	340
β) Mindestlaufzeit	341
χ) Leistungsvorbehalte	341
δ) Preis	342
ε) Liefer- und Versandkosten	342
φ) Einzelheiten der Vertragserfüllung	343
γ) Widerrufs- und Rückgaberecht	343
η) Kosten der Fernkommunikation	343
ι) Gültigkeit befristeter Angebote	344
c) Dokumentation nach Vertragsschluss	344
aa) Zeitpunkt und Form	345
bb) Zu dokumentierende Informationen	346
cc) Ausnahmen für Dienstleistungen der Fernkommunikation.	347
dd) Zeitpunkt zur Mitteilung der nachvertraglichen Informationen	347
d) Folgerungen	348
II. eCommerce-Recht	349
1. Anwendungsbereich des § 312e BGB	350
2. Anbieterpflichten	352
a) Mittel zur Eingabekorrektur	352
b) Informationspflichten nach § 3 BGB-InfoV	352
c) Zugangsbestätigung	353
d) Zurverfügungstellung von Vertragsbedingungen	354
III. Telediensterecht	354
IV. Ältere Materien	359
1. Verbraucherkreditrecht	359
a) Teilzahlungsgeschäfte im Fernabsatz	359
b) Ratenlieferungsverträge	360
c) Überziehungskredite	360

2. Versicherungsrecht	361
3. Preisrecht	362
4. Handels- und Gesellschaftsrecht	364
V. Folgerungen	365
 § 13 Verbraucherspezifische Vertragslösungsrechte	 370
I. Allgemeine Widerrufs- und Rückgaberegelungen (§§ 355 ff.) ..	373
1. Widerrufsrechte	373
a) Gestaltungsrecht für schwebend wirksame Verträge	373
b) Beginn und Dauer der Widerrufsfrist	374
c) Form und Inhalt der Widerrufsbelehrung	375
2. Rückgaberechte	376
a) Anordnung durch spezielles Verbraucherprivatrecht	376
b) Vertragsschluss aufgrund eines Verkaufsprospekts	377
c) Ausübung des Rückgaberechts	378
3. Rechtsfolgen von Widerruf und Rückgabe	378
a) Gegenseitige Rückgewährpflicht	378
b) Kosten und Gefahr der Rücksendung	379
c) Haftung des Verbrauchers	380
4. Verbundene Verträge	382
a) Widerrufsdurchgriff	382
b) Einwendungsdurchgriff	383
II. Modifizierende Bestimmungen des speziellen Verbraucher- privatrechts für elektronische Märkte	 383
1. Fernabsatzrecht	384
a) Widerrufsfrist	384
aa) Beginn des Fristlaufs	384
bb) Dauer der Widerrufsfrist	385
b) Widerrufs Ausschlüsse	386
aa) Individualanfertigungen, verderbliche und nicht zur Rückgabe geeignete Waren	 387
bb) Urheberrechtlich geschützte Audio- und Video- aufzeichnungen sowie Software	 387
a) Meinungsstand zum Widerrufs Ausschluss bei Online-Lieferung	 388
b) Kritik der Meinungen	390
cc) Zeitungen, Zeitschriften und Illustrierte	395
dd) Wett- und Lotteriedienstleistungen	395
ee) Waren aus Auktionen	396
ff) Finanzierungshilfen	396
2. Verbraucherkreditrecht	396

a) Teilzahlungsgeschäfte im Fernabsatz	396
b) Ratenlieferungsverträge	397
3. eCommerce-Recht	398
III. Folgerungen	398
§ 14 Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	400
I. Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den elektronischen Vertrag	402
1. Ausdrücklicher Hinweis auf Allgemeine Geschäftsbedingungen	403
2. Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme	405
II. Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	408
1. Bestätigung des AGB-Gesetzes durch das informations- und netzökonomische Paradigma	408
2. Folgerungen	412
Zusammenfassung des vierten Kapitels	412
Ergebnisse der Untersuchung	413
Verzeichnis der zitierten Gerichtsentscheidungen	415
Literaturverzeichnis	423
Web-Quellen-Verzeichnis	457
Namensregister	461
Schlagwortverzeichnis	463

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte (Abzahlungsgesetz)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
AfP	Archiv für Presserecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingung
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz)
AktG	Aktiengesetz
Amer.Econ.Rev.	The American Economic Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Amer.J.Sociology	The American Journal of Sociology (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Amer.Polit.Sci.Rev.	American Political Science Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
AntitrustL.J.	Antitrust Law Journal (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
API	Application Programming Interface
ARPA	Advanced Research Projects Agency
Art.	Artikel
ASQ	Administrative Science Quarterly (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Aufl.	Auflage
AuslInvestmG	Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen (Auslandsinvestmentgesetz)
B2B	Business to Business
B2C	Business to Consumer
BayVBl	Bayerisches Verwaltungsblatt (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz

BellJ.Econ.	Bell Journal of Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoV	Verordnung über Informations- und Nachweispflichten nach bürgerlichem Recht (BGB-Informationspflichten-Verordnung)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (zitiert nach Band, Seite)
BK	Bonner Kommentar
BKartA	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (zitiert nach Jahr, Seite)
Bl.	Blatt
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (seit Oktober 2002 umbenannt in BMWA)
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Btx	Bildschirmtext
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zitiert nach Band, Seite)
CACM	Communications of the ACM (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
Cal.L.Rev.	California Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
CATS	Computer-Assisted Trading System
CD	Compact Disk
CDU	Christlich Demokratische Union
CERN	Centre Européenne pour la Recherche Nucléaire
Cir.	Circuit
Co.	Company
Conn.	Connecticut
Conn.L.Rev.	Connecticut Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Corp.	Corporation
CR	Computer und Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
CRi	Computer und Recht International (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
CRS	Computerreservierungssystem(e)
D.C.	District of Columbia
DB	Der Betrieb (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
DBW	Die Betriebswirtschaft (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
DIN	Deutsches Institut für Normung
DiskE	Diskussionsentwurf
DR	Deutsches Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)

DRiZ	Deutsche Richterzeitung (zitiert nach Jahr, Seite)
Drs.	Drucksache
DTB	Deutsche Terminbörse
DuD	Datenschutz und Datensicherung (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
EC	Euro Cheque
Econ.J.	The Economic Journal (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
eCRL	eCommerce-Richtlinie
EDI	Electronic Data Interchange
EDIFACT	Electronic Data Interchange for Administration, Commerce and Transport
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGG	Gesetz über den Elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronischer-Geschäftsverkehr-Gesetz)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
eKomm.	elektronische Kommunikation
ELR	European Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
endg.	endgültig
et al.	et alii
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (zitiert nach Jahr, Seite)
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuR	Europarecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
EuSchVÜ	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (zitiert nach Jahr, Seite)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
f./ff.	folgende
FARL	Fernabsatzrichtlinie
Fed.	Federal
FernAbsG	Fernabsatzgesetz
FernUSG	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz)
FNC	Federal Networking Council
GenG	Genossenschaftsgesetz

GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH-Gesetz)
GmSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h. M.	herrschende Meinung
HarvardBus.Rev.	Harvard Business Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
HGB	Handelsgesetzbuch
Hk	Handkommentar
Hs.	Halbsatz
HWiG	Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften (Hautürgeschäftewiderrufsgesetz)
i.d.F.	in der Fassung
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
Ill.	Illinois
IMP	Interface-Massage-Processor
Inc.	Incorporated
insbes.	insbesondere
Int.Econ.Rev.	International Economic Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Int.J.Ind.Organ.	International Journal of Industrial Organization (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
Int.J.Soc.Econ.	International Journal of Social Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
ITRB	Der IT-Rechtsberater (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Infor- mations- und Kommunikationsdienste (Informations- und Kommunikationsdienstegesetz)
J.Bus.	The Journal of Business (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Bus.Res.	Journal of Business Research (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Econ.Hist.	Journal of Economic History (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Econ.Lit.	Journal of Economic Literature (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)

J.Econ.Perspect.	The Journal of Economic Perspectives (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Finan.Intermediation	Journal of Financial Intermediation (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Finance	The Journal of Finance (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.Ind.Econ	Journal of Industrial Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
J.LawEcon.	The Journal of Law and Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
J.Marketing	Journal of Marketing (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
J.Polit.Economy	The Journal of Political Economy (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
Jb.J.ZivRWiss.	Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
JCMC	Journal of Computer-Mediated Communication (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
JCP	Journal of Consumer Policy (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
JMIS	Journal of Management Information Systems (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
JMR	Journal of Marketing Research (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
JNSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
JurPC	Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik (zitiert nach Web-Dok.)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
K&R	Kommunikation und Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
KAGG	Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften (Kapitalanlagegesellschaftsgesetz)
Kap.	Kapitel
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)

LG	Landgericht
lit.	litera
LM	Lindenmeier-Möhring (Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, zitiert nach Nummer, Paragraf, Blatt)
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz)
Ltd.	Limited
Mass.	Massachusetts
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
MDStV	Mediendienste-Staatsvertrag
MichiganL.Rev.	Michigan Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
MS	Microsoft
MünchKomm	Münchener Kommentar
MuW	Markenschutz und Wettbewerb (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
n.F.	neue Fassung
N.Y.U.L.Rev.	New York University Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
NASA	National Aeronautics and Space Administration
NASDAQ	American Stock Exchange
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
NJW CoR	Computerreport der Neuen Juristischen Wochenschrift (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
NLJ	The National Law Journal (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
Nw.U.L.Rev.	Northwestern University Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
öAR	ökonomische Analyse des Rechts
OEM	Original Equipment Manufacturer
OLG	Oberlandesgericht
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
PAngV	Preisangabenverordnung
Quart.J.Econ.	The Quarterly Journal of Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)

RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (zitiert nach Jahr, Seite)
RANDJ.Econ.	The RAND Journal of Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
REM	Rational egoistischer Mensch
REMM	resourceful, evaluative, maximizing man
Res.LawEcon.	Research in Law and Economics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Rev.Econ.Stat.	The Review of Economics and Statistics (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
Rev.Econ.Stud.	The Review of Economic Studies (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (zitiert nach Band, Seite)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
RL	Richtlinie
RM	Reichsmark
Rs.	Rechtssache
S.D.N.Y.	Southern District of New York
SigG	Signaturgesetz
SignRL	Signatur-Richtlinie
Slg.	Sammlung
SloanManage.Rev.	Sloan Management Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
SMG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts (Schuldrechtsmodernisierungsgesetz)
SOFFEX	Swiss Options and Financial Future Exchange
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Stan.Tech.L.Rev.	Stanford Technological Law Review (Internet-Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr)
TCP/IP	Transmission Control Protocol/Internet Protocol
TDDSG	Teledienstedatenschutzgesetz
TDG	Teledienstegesetz
Teilbd.	Teilband
TexasL.Rev.	Texas Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
TIS	The Information Society (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
Ts.	Taunus
TSRL	Time-Sharing-Richtlinie

TÜV	Technischer Überwachungsverein
TV	Television
TzWrG	Gesetz über die Veräußerung von Teilzeitnutzungsrechten an Wohngebäuden (Teilzeit-Wohnrechtegesetz)
TzWrG	Teilzeit-Wohnrechtegesetz
U.Pa.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
U.S., US	United States
U.S.C.	United States Code
UCLAL.Rev.	University of California Los Angeles Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
UkIaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz)
USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
UWLAL.Rev	University of West Los Angeles Law Review (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
v.	versus
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung von Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VerbrKrG	Verbraucherkreditgesetz
VerbrKrRL	Verbraucherkredit-Richtlinie
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
VertriebsR	Vertriebsrecht
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VuR	Verbraucher und Recht (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
Web-Dok.	Web-Dokument
WI	Wirtschaftsinformatik (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Nummer, Seite)
WIPO	World Intellectual Property Organization
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
WISU	Das Wirtschaftsstudium (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
WWW	World Wide Web

YaleL.J.	The Yale Law Journal (Zeitschrift, zitiert nach Band, Jahr, Seite)
ZEuP	Zeitschrift für europäisches Privatrecht (zitiert nach Jahr, Seite)
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (zitiert nach Jahr, Seite)
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen (zitiert nach Jahr, Seite)
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht (zitiert nach Jahr, Seite)
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (zitiert nach Jahr, Seite)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (zitiert nach Band, Jahr, Seite)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Zeitschrift, zitiert nach Jahr, Seite)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (zitiert nach Jahr, Seite)
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft (zitiert nach Jahr, Seite)
ZWS	Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (zitiert nach Band, Jahr, Seite)

§ 1 Einleitung

I. Gegenstand und Ziel der Untersuchung

1. Gegenstand der Untersuchung

Die weltweiten Prozesse der Vernetzung von Computern und der Digitalisierung von Informationen haben einen tief greifenden Wandel gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen ausgelöst, der im Wirtschaftsleben vor allem zur Entstehung des internetbasierten elektronischen Geschäftsverkehrs geführt hat. Die Geschwindigkeit, mit der sich der elektronische Geschäftsverkehr in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, ist nicht nur der Rasanz des technischen Fortschritts geschuldet, der in der Informations- und Kommunikationstechnologie sprichwörtlich ist, sondern auch auf die Tendenz der Industriegesellschaften zur Internationalisierung von Produktion und Handel. Trat elektronischer Geschäftsverkehr historisch zunächst in Gestalt zwischenbetrieblicher Kooperationsformen auf¹, so bedeuteten die Implementierung des World Wide Web im Jahre 1992 sowie die Aufhebung des Verbots der kommerziellen Internetnutzung im Jahre 1994 eine Wende. Sie führten binnen Kurzem nicht nur zur Öffnung ehemals geschlossener B2B-Systeme gegenüber privaten Letztverbrauchern wo dies sinnvoll war, sondern auch zur Entstehung neuer elektronischer Konsumangebote im Internet².

Die umfassende und in ihren Folgen bisher nicht zu überblickende Entwicklung zur Informationsgesellschaft, die hier im Hinblick auf den elektronischen B2C-Geschäftsverkehr kurz zusammengefasst ist, traf nicht nur die deutsche Zivilrechtsordnung unvorbereitet. Dem gewachsenen Bedürfnis, den Geschäftsverkehr elektronisch abzuwickeln, konnte sie anfänglich mit ihren auf papiergebundener Geschäftskommunikation basierenden Vorschriften nur eingeschränkt Rechnung tragen. Insbesondere das Vertragsrecht und das zivilprozessuale Recht des Urkundsbeweises, die weitgehend an Papierdokumenten anknüpften, wirkten restriktiv. Empirisch gestützte Untersuchungen konnten belegen, dass nicht zuletzt die durch die Rechtsordnung ausgelöste Unsicherheit den Mittelstand, dem als größtem Arbeitgeber der deutschen Wirtschaft für die Frage der Arbeitsplätze

¹ Vgl. nur *Picot/Reichwald/Wigand*, Die grenzenlose Unternehmung, 1998, S. 327 ff.

² Vgl. *Schmid*, WI 1993 (Nr. 35), S. 465 (470 f.); *Picot/Reichwald/Wigand*, Die grenzenlose Unternehmung, 2003, S. 340 f.

besondere Bedeutung zukommt, von der Teilnahme am elektronischen Geschäftsverkehr und der Entwicklung des mit ihm präsumtiv verbundenen Arbeitsmarktpotentials abhielt³.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Fehlentwicklungen entschlossen sich die deutschen Gesetzgeber zum Handeln, indem sie ohne Rechtsetzungsbefehl aus Brüssel am 1.8.1997 mit dem Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz⁴ auf Bundes- und dem Mediendienste-Staatsvertrag⁵ auf Länderebene ein europaweit erstes und nach ihrer Auffassung angemessenes und vollständiges Rahmenrecht für den elektronischen Geschäftsverkehr schufen. Die erst später erlassenen binnenmarktbezogenen EU-Rechtsangleichungsmaßnahmen auf dem Gebiet des elektronischen Geschäftsverkehrs wie die eCommerce-⁶ oder die Signaturrechtlinie⁷ führten national nur noch zu Änderungen oder Fortschreibungen des vorhandenen Regelungsrahmens. So änderte das Elektronischer-Geschäftsverkehr-Gesetz⁸, das den überwiegenden Teil der eCommerce-Richtlinie transformierte, im Wesentlichen das Teledienstegesetz⁹ und das Teledienstedatenschutzgesetz¹⁰. Das Signaturgesetz 2001¹¹, das neben der Transformation der Signaturrechtlinie auch der Auswertung der mit dem Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz gewonnenen Erfahrungen diente¹², löste das als Artikel 3 IuKDG erlassene frühere Signaturgesetz ab.

Die 1997 noch vernachlässigten Anpassungen des materiellen Zivilrechts und des Verbraucherprivatrechts mussten auf Druck des europäischen Gesetzgebers

³ Kilian/Picot et al., Electronic Data Interchange, 1994, z.B. S. 109; Lanwies/Lehner, Einsatzbarrieren für die Nutzung des Internet, Forschungsbericht Nr. 18 des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik III der Universität Regensburg, 1998, S. 8 ff.; Müller/Schoder, Electronic Commerce, Arbeitsbericht Nr. 137 des Instituts für Informatik und Gesellschaft/Telematik der Universität Freiburg, 1999, z.B. S. 27, <http://www.ta-akademie.de>.

⁴ Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste (IuKDG) vom 22.7.1997, BGBl. I S. 1870.

⁵ Staatsvertrag über Mediendienste (MDStV) vom 20.1. bis 7.2.1997, verkündet als Anlage zu den Landesgesetzen zum Mediendienste-Staatsvertrag.

⁶ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt (Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr – eCRL), ABl. EG L 178 vom 17.7.2000, S. 1.

⁷ Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen, ABl. EG L 13 vom 19.1.2000, S. 12.

⁸ Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (EGG) vom 14.12.2001, BGBl. I S. 3721.

⁹ Es bildet Art. 1 IuKDG vom 22.7.1997, BGBl. I S. 1870.

¹⁰ Es bildet Art. 2 IuKDG vom 22.7.1997, BGBl. I S. 1870.

¹¹ Gesetz über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 16.5.2001, BGBl. I S. 876.

¹² Begründung zum Signaturgesetz 2001, S. 4, <http://www.iid.de/iukdg/gesetz/310102siggbegr.pdf>.

jetzt nachgeholt werden, der allein in der Zeit von Mai 1997 bis Mai 2000 nicht weniger als fünf verbraucherbezogene EG-Richtlinien erließ¹³. Sie wurden zwischen Juni 2000 und Januar 2002 durch mehrere Gesetze in nationales Recht transformiert¹⁴. Insbesondere das Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts vom 27.6.2000¹⁵ und das Formvorschriften-Anpassungsgesetz vom 13.7.2001¹⁶ führten zur Änderung der meisten bis dahin bestehenden verbraucherprivatrechtlichen Sondergesetze. Mit Wirkung vom 1.1.2002 wurden sie durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz¹⁷ zum größten Teil aufgehoben und unter nochmaliger Änderung in das BGB integriert. Politisch ist das Verbraucherrecht im elektronischen Geschäftsverkehr von Anfang an als Instrument betrachtet worden, Vorbehalte und Unsicherheiten der Konsumenten gegenüber dem neuen Medium abzubauen und diesem im Interesse von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen zum Durchbruch zu verhelfen.

Diese legislative Entwicklung vollzog sich innerhalb eines Zeitraumes von nur fünf Jahren. Binnen dieser Frist leiteten die deutschen Gesetzgeber in Bund und Ländern auf dem politisch und wissenschaftlich von Anfang an umstrittenen Gebiet des Verbraucherprivatrechts zwei bedeutsame Entwicklungen ein:

¹³ Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragabschlüssen im Fernabsatz (Fernabsatzrichtlinie – FARL), ABl. EG L 144 vom 4.6.1997, S. 19; Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse (Preisangabenrichtlinie), ABl. EG L 80 vom 18.3.1998, S. 27; Richtlinie 98/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über Unterlassungsklagen zum Schutz der Verbraucherinteressen (Unterlassungsklagenrichtlinie), ABl. EG L 166 vom 11.6.1998, S. 51; Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter (Verbrauchsgüterkaufrichtlinie), ABl. EG L 171 vom 7.7.1999, S. 12; Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt (Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr – eCommerce-Richtlinie – eCRL), ABl. EG L 178 vom 17.7.2000, S. 1.

¹⁴ Fernabsatzrichtlinie transformiert durch Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung auf Euro vom 27.6.2000 (BGBl. I S. 897, berichtigt am 21.7.2000 [BGBl. I S. 1139]), in Kraft seit 30.6.2000; Preisangabenrichtlinie transformiert durch Preisangabenverordnung vom 28.7.2000 (BGBl. I S. 1244), in Kraft seit 1.9.2000; Unterlassungsklagen- und Verbrauchsgüterkaufrichtlinie transformiert durch Schuldrechtsmodernisierungsgesetz vom 26.11.2001 (BGBl. I S. 3138), in Kraft seit 1.1.2002; eCommerce-Richtlinie transformiert durch Elektronischer-Geschäftsverkehr-Gesetz vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3721), in Kraft seit 21.12.2001, Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.7.2001 (BGBl. I S. 1542), in Kraft seit 1.8.2001, sowie Schuldrechtsmodernisierungsgesetz vom 26.11.2001 (BGBl. I S. 3138), in Kraft seit 1.1.2002.

¹⁵ Gesetz über Fernabsatzverträge und andere Fragen des Verbraucherrechts sowie zur Umstellung auf Euro vom 27.6.2000, BGBl. I S. 897, berichtigt am 21.7.2000, BGBl. I S. 1139.

¹⁶ Gesetz zur Anpassung der Formvorschriften des Privatrechts und anderer Vorschriften an den modernen Rechtsgeschäftsverkehr vom 13.7.2001, BGBl. I S. 1542.

¹⁷ Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001, BGBl. I S. 3138.

erstens wurde der seit den Anfängen des BGB verfolgte Weg der verbraucherprivatrechtlichen Sondergesetze jedenfalls grundsätzlich aufgegeben, und zweitens wurde ein neues verbraucherprivatrechtliches Teilgebiet, das Online-Verbraucherrecht oder, wie es in dieser Untersuchung auch genannt wird, das Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte, ins Leben gerufen. Es scheint nach allem an der Zeit innezuhalten, zurückzublicken, Konturen und Grenzen des entstandenen Teilgebiets zu betrachten und eine Bilanz zu versuchen, ob seine unter europäischem Druck entstandene legislative Konzeption vor dem Hintergrund der Entwicklung des Verbraucherprivatrechts im Übrigen grundsätzlich gelungen oder reformbedürftig ist.

Zu kritischer Prüfung besteht auch Anlass. Inzwischen mehren sich die Klagen der Geschäftswelt, der (europäische) Gesetzgeber habe das Online-Verbraucherrecht überreguliert, insbesondere beim Internet-Kauf zu übermittelnde Informationen in einem Ausmaß angeordnet, das vom Verkäufer kaum mehr zu bewältigen und vom Verbraucher kaum mehr zu rezipieren sei. Die Folge sei die Nichtbeachtung der Schutzvorschriften und ein Online-Verbraucherrecht, das ins Leere geht. Grundsätzlicher ist die Kritik, der Gesetzgeber habe es versäumt, ein dem neuen Medium Internet angemessenes Verbraucherprivatrecht zu schaffen, das seinen technischen und ökonomischen Eigenheiten gerecht wird¹⁸. Das Versäumnis sei darauf zurück zu führen, dass – und dies betrachtet die Untersuchung als Hypothese, die zu belegen sie die Absicht hat – der Gesetzgeber bei der Konzeption von Verbraucherrecht von der Formel „Online-Recht gleich Offline-Recht“ ausgegangen sei.

Der so an der Old Economy orientierten Konstruktion von Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte stehen jüngere Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften gegenüber, wonach das traditionelle Markt- und Wettbewerbsmodell der Neoklassik, das für traditionelle Märkte seine Berechtigung hat, die ökonomischen Prozesse und Zustände auf elektronischen Märkten nicht angemessen zu erfassen und zu beschreiben vermag. Die Elektronisierung der Marktbeziehungen habe zu einer neuen Ökonomie, der sogenannten Internet-, Netzökonomie oder New Economy geführt, die als „neues ökonomisches Marktmodell mit neuen Spielregeln“¹⁹ traditionelle volks- und betriebswirtschaftliche Modellvorstellungen und -zusammenhänge geradezu „auf den Kopf“ stellt²⁰. Da Verbraucherpolitik in erster Linie Wettbewerbspolitik und Verbraucherprivatrecht in erster Linie Marktrecht ist, erscheint die Annahme nahe liegend, dass aus der Netzökonomie konstruktive Implikationen für das Verbraucherprivatrecht folgen müssen. Dennoch liegt bisher keine Monografie vor, die das geltende Verbraucherschutzrecht der elektronischen Märkte mit den

¹⁸ Bartsch/Lutterbeck, Vorwort, in: dies. (Hrsg.), Neues Recht für neue Medien, 1998, S. V (VI).

¹⁹ Zerdick/Picot et al., Die Internet-Ökonomie, 2001, S. 156.

²⁰ Ebenda, S. 156.

neuen Maßgaben der Netzökonomie systematisch in Verbindung bringt und sie in die Verbraucherschutzdiskussion einbezieht. Dieser Aufgabe unterzieht sich die vorliegende Untersuchung.

2. Ziel der Untersuchung

Ziel der Untersuchung ist es demnach, das in den letzten Jahren entstandene Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte vor dem Hintergrund seiner Entwicklungsbedingungen zu sichten, ökonomisch zu erklären und, soweit erforderlich, mit der Absicht von Reformvorschlägen zu kritisieren.

Dieses Ziel versucht die Untersuchung durch eine Reihe von Teilzielen zu erreichen. Ihr erstes besteht darin zu skizzieren, nach welchen leitenden Strukturprinzipien der deutsche Gesetzgeber das Verbraucherprivatrecht für traditionelle und elektronische Märkte gestaltet hat (Gestaltungsparadigmen). Sinn der Darstellung ist insoweit erkennbar werden zu lassen, dass das vorliegende Verbraucherprivatrecht kein rechtspolitisches Konzept ist, das vom Gesetzgeber frei gewählt wurde, sondern eines, das evolutorisch aus historischen Voraussetzungen und bedingenden, insbesondere ökonomischen Faktoren entstanden ist. Beabsichtigt ist damit der Nachweis, dass die Verbraucherprivatrechte der konventionellen und der elektronischen Märkte jeweils auf „ihre“ Ökonomie verweisen. Weiteres Teilziel ist die Herausarbeitung von Unterschieden zwischen traditionellen und elektronischen Märkten, die sich dafür in Anspruch nehmen lassen, dem Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte ein anderes ökonomisches Modell zugrunde zu legen als das des Verbraucherprivatrechts der traditionellen Märkte. Ist dieses Zwischenziel erreicht, schließt sich die Identifizierung eines dem Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte möglicherweise adäquateren ökonomischen Paradigmas an, als das die Arbeit das Konzept der Netzökonomie diskutiert. Sie ist der Maßstab, anhand dessen das geltende Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte kritisiert wird. Ziel und Absicht der Kritik ist die Unterbreitung von Novellierungsvorschlägen an die Adresse des europäischen und nationalen Gesetzgebers.

II. Methode und Gang der Untersuchung

1. Methode der Untersuchung

Wegen dieser Ziele ist die Untersuchung im weitesten Sinne der (normativen) Gesetzgebungstheorie zuzurechnen. Deren Ziele lassen sich einerseits als kausal-deskriptive Erfassung der Rechtsetzung in ihren Zusammenhängen, Bedingungen, Ursachen und Wirkungen (analytische Theorie) und anderer-

seits als Gewinnung präskriptiver Aussagen darüber beschreiben, wie die Rechtssetzung unter Beobachtung vorgegebener Ziele, Werte und Aufgaben rational und effektiv gestaltet werden könnte und sollte (normative Theorie). Sie versteht sich damit als Theorie der gesetzgeberischen Praxis. Als geeignete Forschungsmethoden werden insbesondere interdisziplinäre Ansätze angesehen²¹. Eine gesetzgebungstheoretische Methode im Sinne einer bereit liegenden und konsentierten Schule, die nur angewendet werden muss, existiert jedoch nicht. Vielmehr besteht in der Gesetzgebungstheorie Konzept-, Ziel- und Methodenpluralität²². So betrachtet *Eidenmüller* die ökonomische Analyse des Rechts in Deutschland als gesetzgebungstheoretische Methode²³, *Eberle* weist auf die Rechtsinformatik als Methode der Gesetzgebungstheorie hin²⁴ und *Rödig* entwickelte die auf aussagenlogischem Kalkül basierende „axiomatische“ Methode der Gesetzgebungstheorie²⁵. Auch die Praxis der Gesetzgebung wendet kein einheitliches Erkenntnisverfahren an. Sie erwartet im Gegenteil Hilfen von der Gesetzgebungstheorie. Die Untersuchung beschreitet deshalb einen eigenen methodischen Weg.

a) Denken in leitenden Konstruktionsparadigmen

Dieser besteht in erster Linie in einem Denken in leitenden Konstruktionsparadigmen. Darunter versteht die Untersuchung die Rückverfolgung und Aufdeckung von Faktoren und Zusammenhängen, die das gesetzgeberische Regulierungskonzept in einem ideengeschichtlichen Sinn determiniert haben. Im Unterschied zur strengen mathematisch-naturwissenschaftlichen Vorausbestimmung lässt die ideengeschichtliche Determinierung Spielräume und Variationsbreiten, innerhalb derer Ergebnisse gefunden werden, und bildet so

²¹ Vgl. *Schäffer*, Über Möglichkeit, Notwendigkeit und Aufgaben einer Theorie der Rechtssetzung, in: *ders.* (Hrsg.), *Theorie der Rechtssetzung*, 1988, S. 11 (13, 37 f.); *Karpen*, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungslehre, 1989, S. 15 f.

²² Vgl. den historischen Überblick bei *Karpen*, Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungslehre, 1989, S. 20 ff. Ferner *Kubeš*, Theorie der Gesetzgebung, 1987, S. 17 ff.; *Heyen*, Historische und philosophische Grundfragen der Gesetzgebungslehre, in: *Schreckenberger* (Hrsg.), *Gesetzgebungslehre*, 1986, S. 11 ff.

²³ *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 1995, S. 490.

²⁴ *Eberle*, Gesetzgebung und ADV – Beiträge der Rechts- und Verwaltungsinformatik, in: *Schreckenberger* (Hrsg.), *Gesetzgebungslehre*, 1986, S. 121 ff.

²⁵ Vgl. *Rödig*, Gesetzgebungstheorie als praxisorientierte, rechtswissenschaftliche Disziplin auf rechtstheoretischer Grundlage, in: *Rödig/Baden/Kindermann*, Vorstudien zu einer Theorie der Gesetzgebung, 1975, S. 11 ff.; *ders.*, Logische Kriterien für die korrekte Verwendung von Legaldefinitionen, in: ebenda, S. 38 ff.; *ders.*, Einige Regeln für korrektes Legaldefinieren, in: ebenda, S. 71 ff.; *Rödig/Thieler-Mevissen*, Die Regel-Ausnahme-Technik des Gesetzgebers in logischer Sicht, in: ebenda, S. 88 ff.; *Rödig*, Zum Begriff des Gesetzes in der Rechtswissenschaft, in: *ders.* (Hrsg.), *Studien zu einer Theorie der Gesetzgebung*, 1976, S. 5 ff.; *ders.*, Logische Untersuchungen zur Makrostruktur rechtlicher Kodifikate, in: ebenda, S. 592 ff.

den Rahmen, in dem sich ein begonnener Systemgedanke fortsetzt. Die verbraucherrechtlichen Konstruktionsparadigmen, auf die die Arbeit eingeht (ökonomisches, Sonderrechts-, Europarechtsparadigma), stellen freilich nur eine Auswahl dar. Es gibt weitere. Wichtig erscheint zu betonen, dass bei diesem Denken kein Paradigma einen Ausschließlichkeitsanspruch erhebt und parallele Einflüsse nicht ausschließt. Die Begründung eines Ergebnisses aus kausalen und im genannten Sinn determinierenden Einzelfaktoren und Entwicklungslinien führt im Recht zu einem Verfahren, das der Analyse von Prozessen und Zuständen anhand von Modellen in der Nationalökonomie ähnlich ist. Vergleichbar der nationalökonomischen Modellierung verändert die Untersuchung das ökonomische Gestaltungsparadigma als einzelne „Modellannahme“ ceteris paribus, also bei gleich bleibenden Annahmen und Bedingungen im Übrigen, und fragt nach den verbraucherrechtlichen Implikationen, die sich unter der modifizierten Paradigmenlage für das Verbraucherprivatrecht der elektronischen Märkte ergeben.

Freilich setzt sich dieses Verfahren, wie jede Modellierung in der Wissenschaft, der Kritik aus. Der Einwand drängt sich auf, die Nachzeichnung der Entwicklung eines Rechtsgebiets anhand von leitenden Konstruktionsparadigmen sei zu schematisch und starr, um gesellschaftlichen Prozessen, wie sie der Gesetzgebung zugrunde liegen, gerecht werden zu können. Wie jedes Modell erhebt aber auch das angewandte Paradigmen-Modell nicht den Anspruch, die Realität abzubilden oder vollständig zu erklären. Es geht ihm vor allem um ergebnisgerechte Beschränkung auf die wirksamen Prinzipien und damit um die Reduktion von realer Komplexität, ohne die weder ökonomische noch gesellschaftliche oder rechtliche Analysen durchführbar wären.

b) Historisch-deskriptiver Ansatz

Die ideengeschichtliche Rückverfolgung von kausalen und im beschriebenen Sinn determinierenden Systemen bedingt den innerhalb des Paradigmen Denkens angewandten historisch-deskriptiven Ansatz. Die Analyse der Entwicklung des geltenden Verbraucherprivatrechts erfordert die Kenntnisnahme realer Prozesse. Eine Kritik der Entwicklung vor dem Hintergrund eines eigenen verbrauchertheoretischen Standpunktes ist insoweit nicht beabsichtigt. Vielmehr versucht die Arbeit den vom Gesetzgeber eingeschlagenen Weg aufzugreifen und im Sinne reformpolitischen Denkens für das neue Gebiet des Verbraucherrechts der elektronischen Märkte fortzuführen. Darin äußert sich freilich auch ein konkreter rechtspolitischer Standpunkt.

Dem Ansatz liegt die Zustimmung der Untersuchung zur Feststellung von Joerges zu Grunde, dass die Entwicklung des Verbraucherrechts in der Bundesrepublik nicht durch große theoretische Entwürfe veranlasst, von solchen nicht einmal maßgeblich beeinflusst wurde, sondern im „Entdeckungsverfahren“

ren Praxis“ begonnen und fortgeführt wurde²⁶. Ihrem Versuch eines experimentellen Wechsels des ökonomischen Gestaltungsparadigmas liegt die Zustimmung zur weiteren Annahme von *Joerges* zugrunde, dass Anstöße für die weitere Entwicklung des Verbraucherrechts weniger von neuen theoretischen Entwürfen der Rechtsdogmatik zu erwarten sind, als vielmehr von der Praxis und ihrem Entdeckungsverfahren selbst²⁷. Die Anwendung eines deskriptiven Verfahrens der Praxisbeobachtung und -kritik wird so zum Gebot.

c) Funktion der Nationalökonomie in der Untersuchung

Der angewandten Paradigmen-Methode, die dem Modelldenken der Nationalökonomie entspricht, entsprechen inhaltlich starke Bezüge zur nationalökonomischen Theorie. Die enthaltenen volkswirtschaftstheoretischen Ausführungen mögen nach Ansicht mancher Leser für eine juristische Arbeit zu umfangreich sein. Indes wurden sie durch die Fragestellung der Untersuchung nahe gelegt. Denn das Verbraucherprivatrecht ist ein Rechtsgebiet, das mit der Mikroökonomie, namentlich der Markt- und Wettbewerbstheorie auf das Engste verbunden ist. Die Konzentration auf elektronische Märkte und der Wechsel des ökonomischen Paradigmas *ceteris paribus* bedingte umfangreiche informations- und netzökonomische Darlegungen. Ihre Funktion ist jedoch nicht die einer juristischen Theorie wie in der ökonomischen Analyse des Rechts, sondern eines mit dem Rechtssystem interdependenten ökonomischen Systems, das die Prinzipien verbraucherprivatrechtlicher Gestaltung im genannten Sinn lenkt. Sie fungieren als das hinter dem verbraucherrechtlichen Regelungskonzept elektronischer Märkte stehende ökonomische Modell, das im Übrigen weiteren Paradigmen und spezifischen eigenen juristischen Ziel- und Wertsetzungen wie dem Sozialstaatsgedanken, Gerechtigkeit oder Humanität folgt. Es geht ihnen dagegen nicht darum, das Recht ausschließlich nach dem Kriterium der ökonomischen Effizienz zu gestalten.

d) Abgrenzung zur normativen economic analysis of law

aa) Konzept

Dieses Anliegen verfolgt indes die aus den USA stammende normative economic analysis of law²⁸. Sie ist in erster Linie eine Methode der Anwendung des ökonomischen Kalküls auf das Recht. Den Begriff der Effizienz bezieht sie auf die Res-

²⁶ *Joerges*, Verbraucherschutz als Rechtsproblem, 1981, S. 132.

²⁷ Ebenda, S. 134.

²⁸ Als ihre Schöpfer gelten *Guido Calabresi* und *Ronald H. Coase*, die Anfang der sechziger Jahre die Verantwortung für gesellschaftlich relevantes Verhalten thematisierten. Das von *Coase* in seinem 1960 erschienen grundlegenden Aufsatz „The Problem of Social Costs“,

sourcenallokation²⁹. Effizienz wird gesteigert, indem eine Ressource einer wertvolleren oder effektiveren Nutzung zugeführt wird. Es folgt, dass eine rechtliche Regelung dann besser als eine andere ist, wenn sie die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt im Sinne einer sozialen Optimierung erhöht, indem sie die Nutzung von Ressourcen verbessert. Dieses Anliegen verfolgt die economic analysis of law in zwei unterschiedlichen Aussagerichtungen: zum einen durch analytische Aussagen über die allokativen Konsequenzen von Rechtsnormen und rechtlichen Entscheidungen zu ihrem besseren Verständnis sowie zu ihrer Bewertung anhand des Kriteriums der ökonomischen Effizienz (positive ökonomische Analyse des Rechts), zum anderen durch Empfehlungen zur Gestaltung ökonomisch effizienter Normierungen. Im Zusammenhang mit Normierungsempfehlungen untersucht sie auch die Mechanismen, die Rechtsänderungen zugrunde liegen (normative ökonomische Analyse des Rechts)³⁰.

Eidenmüller fasst das Forschungsprogramm der ökonomischen Analyse US-amerikanischer Prägung in einer eingehenden Untersuchung über die Funktion der ökonomischen Analyse in Deutschland deshalb wie folgt zusammen³¹: (1) Die Folgen von Rechtsnormen und rechtlichen Einzelentscheidungen (z.B. Urteilen, Verwaltungsakten) im Verhalten der Rechtssubjekte sind durch das ökonomische Verhaltensmodell des homo oeconomicus erfassbar, denn auch Rechtssubjekte reagieren rational und nutzenmaximierend. Rechtliche Sanktionen wirken wie Preise, die in ein Nutzen-Kosten-Kalkül eingestellt werden. (2) Recht ist im ökonomischen Sinne effizient, wenn es die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt erhöht. Eine Bewertung seiner Folgen im Verhalten der Rechtssubjekte sollte daher auf der Grundlage der Wohlfahrtsökonomik erfolgen. (3) Alle rechtlichen Entscheidungen, auch die des Gesetzgebers, sollten im genannten Sinne zu effizienten Folgen führen.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen innerhalb des Forschungsansatzes der ökonomischen Analyse darüber, inwieweit konkurrierende rechtspolitische Zielsetzungen zuzulassen sind. Eine ausschließliche Orientierung am Ziel der ökonomischen Effizienz wird von den Vertretern der Chicago School gefor-

J.LawEcon., Vol. 3 (1960), S. 1 ff., dargelegte Coase-Theorem wurde zum Ausgangspunkt einer als „economic analysis of law“ bezeichneten Ökonomie des Rechts.

²⁹ Vgl. *Schmidtchen/Weth*, Der Effizienz auf der Spur, 1999, S. 17 ff.; *Koboldt/Leder/Schmidtchen*, WiSt 1992, S. 334 (334.); *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 1995, S. 47 ff.; *Posner*, Recht und Ökonomie, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, S. 93 (99 ff.); *Burow*, JuS 1993, S. 8 (9).

³⁰ Zu dieser Zweiteilung insbesondere *Posner*: „... economics has both a normative and a positive role in the study of law and legal institutions“ (*Posner*, Recht und Ökonomie, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* [Hrsg.], Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, 93 [105]); s. ferner *Koboldt/Leder/Schmidtchen*, WiSt 1992, S. 334 (334.). Ohne sie explizit anzusprechen wird sie auch von *Schmidtchen/Weth*, Der Effizienz auf der Spur, 1999, oder *Schäfer/Ott*, Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Rechts, 2000, zu Grunde gelegt.

³¹ Vgl. *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 1995, S. 4 ff.; die gleiche Kennzeichnung legen *Schmidtchen/Weth*, Der Effizienz auf der Spur, 1999, S. 10, zu Grunde.

dert³². Demgegenüber tritt *Lehmann* für die Berücksichtigung allokativer Gesichtspunkte dort ein, wo sie sich vom Rechtsgebiet her anbieten³³. Dies entspricht der älteren rechtspolitischen Tradition in Deutschland, die bis in die siebziger Jahre hinein unter der Bezeichnung „Recht und Ökonomie“ ökonomische Modelle und Methoden auf das Recht anwendete, insbesondere auf das Kartellrecht³⁴. Dieser Richtung ist das in dieser Untersuchung angewendete Verfahren verwandt.

Im Unterschied zur positiven economic analysis, der es um ein vertieftes Verständnis der ökonomischen Funktionen von Normen und der hinter den schriftlichen Urteilsgründen verborgenen wahren Motive für gerichtliche Entscheidungen geht³⁵, unterbreitet die normative analysis Vorschläge, wie Recht konzeptionell zu konstruieren ist, um dem Ziel der Effizienz gerecht zu werden. Dadurch wird Recht tendenziell zu einem ökonomischen Argument. Aus juristischer Perspektive kann die normative analysis wegen ihrer Grundlagen im Utilitarismus zur Rechtsphilosophie gerechnet werden³⁶.

bb) Kritik

In Deutschland ist die ökonomische Analyse des Rechts auf zum Teil heftige prinzipielle Kritik gestoßen³⁷. Sie richtet sich vor allem gegen ihr einseitiges Abstellen auf das Effizienzparadigma und den diesem zugrunde liegenden methodologischen Individualismus.

³² Siehe dazu § 2 I.III.c)bb) und 2.c).

³³ *Lehmann*, Verbraucherschutz und Schutz des Schwächeren im Zivilrecht, in: *Finsinger/Simon* (Hrsg.), Recht und Risiko, 1988, S. 364 (387). Ähnlich *Van den Bergh/Lehmann*, GRUR Int. 1992, S. 588 (589); *Kirchner*, Ökonomische Analyse des Rechts, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, S. 75 (78 f.); Ausführlich *Ott/Schäfer*, JZ 1988, S. 213 (214 f.), die betonen, dass die ökonomische Analyse des Rechts auch verwendet werden kann, um andere Gerechtigkeitsprinzipien auf die Allokationsgerechtigkeit hin zu überprüfen. Für einen nicht ausschließlichen Geltungsanspruch auch *Assmann*, Die Transformationsprobleme des Privatrechts und die Ökonomische Analyse des Rechts, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, S. 21 (51). Nach *Schmidtchen*, JITE, Vol. 147 (1991), S. 31 (32), sind aus der Ökonomie keine Werturteile für das Recht ableitbar.

³⁴ Vgl. zu dieser Richtung z.B. *Reich*, Markt und Recht, 1977; *Magoulas* (Hrsg.), Recht und Ökonomie beim Konsumentenschutz und Konsumentenkredit, 1985; *Zöpel*, Ökonomie und Recht, 1974; *Arndt*, Recht, Macht und Wirtschaft, 1968.

³⁵ *Posner*, Recht und Ökonomie, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, S. 93 (103 f.).

³⁶ Zum Utilitarismus als geistesgeschichtliche Wurzel der ökonomischen Analyse des Rechts insbesondere *Eidenmüller*, Effizienz als Rechtsprinzip, 1995, S. 22 ff.; ferner *Posner*, Recht und Ökonomie, in: *Assmann/Kirchner/Schanze* (Hrsg.), Ökonomische Analyse des Rechts, 1978, S. 93 (107 f.).

³⁷ Vgl. insbesondere *Horn*, AcP 176 (1976), S. 307 ff.; *Häberle*, in: *Neumann* (Hrsg.), Ansprüche, Eigentums- und Verfügungsrechte, 1984, S. 63 ff.; *Fezer*, JZ 1986, S. 817 ff.; *ders.*, JZ 1988, S. 223 ff.; *Canaris*, JZ 1993, S. 377 (384 ff.).

Namensregister

- Adams, Michael* 409, 410 f.
Akerlof, George A. 178, 189, 195–198, 201, 250, 410 f.
Alchian, Armen A. 185
Arndt, Helmut 87, 89
Arrow, Kenneth J. 181 f.
- Bailey, Joseph* 229
Bain, Joe S. 72
Benjamin, Robert 256
Berners-Lee Tim 208
Biervert, Bernd 102
Bismarck, August von 36, 123 f.
Böhm, Franz 12, 75
Bork, Robert H. 71 f., 102
Brozen, Yale 71
Brynjolfsson, Erik 229
Bush, George W. 276
Butler, Brian 256, 259
- Caves, Richard E.* 72
Chamberlin, Edward H. 74, 77, 188, 196
Clark, John Maurice 86 f., 89, 268
Clark, John B. 56, 77
Coase, Ronald H. 185, 258
Coester-Waltjen, Dagmar 140
Czerwonka, Christine 102
- Dauner-Lieb, Barbara* 137
Debreu, Gerard 181 f.
Demsetz, Harold 71, 102, 185
Drexler, Josef 11
- Easterbrook, Frank H.* 72
Eberle, Carl-Eugen 6
Economides, Nicholas 231
Edgeworth, Francis Ysidro 58
Eichler, Willy 98
Eidenmüller, Horst 6, 9
Engels, Friederich 97 f.
Erhard, Ludwig 20 f., 29, 95, 108
Eucken, Walter 75, 78, 85 f.
- Fastrich, Lorenz* 140
Flume, Werner 135
Friedman, Milton 72
- Galbraith, Kenneth J.* 98
- Habersack, Mathias* 138
Hart, Dieter 108, 116 f.
Haug, Wolfgang Fritz 109
Hayek, Friedrich August von 12, 54, 63, 65–71, 90, 94 f., 201
Hönn, Günter 138
Hopmann, Erich 12
- Joerges, Christian* 7 f., 108, 116 f.
- Kantzenbach, Erhard* 266 f.
Katz, Michael L. 226
Kautsky, Karl 98
Keynes, John Maynard 23
Kirzner, Israel M. 63 f., 87–89, 201
Koerber-Riel, Werner 102
Koetz, Hein 408 f.
Kroeschell, Karl 122
Kübler, Friedrich 129
- Lachmann, Ludwig M.* 63
Lehmann, Michael 10
Lieb, Manfred 138
Liebowitz, Stan J. 230 f.
- Mähling, Friedrich* 102
Malone, Thomas W. 258
Mankowski, Peter 386
Margolis, Steven E. 230 f.
Marschall, Alfred 56
Marx, Karl 97 f., 111
Mason, Edward S. 72
Melullis, Klaus-Jürgen 32
Menger, Carl 63, 65, 202
Mestmäcker, Ernst-Joachim 12
Mises, Ludwig van 63, 65

- Mitropoulos, Stefan* 102
Morgenstern, Oskar 181
Müller-Armack, Alfred 35, 95

Nelson, Phillip 193
Neumann, John von 181
North, Douglass C. 61

Ollenhauer, Erich 98

Posner, Richard 72, 83, 102, 409

Rabel, Ernst 13
Raiser, Ludwig 127 f., 134, 136
Reagan, Ronald 72
Reich, Norbert 105, 108, 113–116, 128, 152
Reifner, Udo 108, 110–116, 119
Rödig, Jürgen 6
Röpke, Wilhelm 95
Rüstow, Alexander 95

Salop, Steven C. 251
Samuelson, Paul A. 56
Sarkar, Mitra B. 256, 259
Scherer, Frederic M. 72
Scherhorn, Gerhard 102, 114
Schmidt-Rimpler, Walter 133 f., 136, 138, 370, 400
Schöppe, Günter 102
Schulte-Nölke, Hans 125

Schumpeter, Joseph A. 63, 77, 86–89, 203, 287
Shapiro, Carl 226, 235
Shepherd, William G. 72
Simitis, Konstantin 21, 103, 108–110, 112, 115 f.
Singer, Reinhard 139
Smith, Adam 52–57, 59, 69, 73, 76–78, 85, 134, 204
Smith, Michael D. 229
Spence, A. Michael 189
Stebut, Dietrich von 137, 140
Steinfeld, Charles 256, 259
Stigler, George J. 71, 73, 190 f., 217
Stiglitz Joseph E. 189, 251
Sullivan, Lawrence A. 72

Ulmer, Peter 32

Wallis, John J. 61
Walras, Léon 57, 68, 180, 188, 192, 214
Weckbach, Stefan 102
Weitnauer, Hermann 139
Wieacker, Franz 125
Williamson, Oliver E. 82, 185 f., 258
Wolf, Manfred 139 f.

Yates, Joanne 256

Zöllner, Wolfgang 138

Schlagwortverzeichnis

- Abgrenzungskriterium 16, 177
- Absatz-
 - form 37
 - maßnahme 30
- Abschlussfreiheit 136
- Abwägungsentscheidung 277
- Abzahlung-
 - sgeschäfte 37 f.
 - shandel 37 f., 46
- agency costs 259
- Akerlof-Prozess 178, 189, 196, 201, 250, 410 f.
- Aktionsprogramm 150, 153
- Allgemeine Geschäftsbedingung 14, 22 f., 113 ff., 132, 134 ff., 138, 253, 263, 309, 311, 339, 341 f., 360, 379, 398, 400 ff.
- Allokation 26, 73, 180, 250, 410
 - sergebnis 59
 - sfunktion 204
 - smängel 84, 205
 - smechanismus 179, 249, 251
 - sprozess 179, 181, 201
- allokationsverbessernd 248
- allokativ 9 f., 73 f., 81, 92, 177, 183, 189, 197, 199, 205, 240, 249 f.
- Allverfügbarkeit 251
- Alternativität 247
- Alternativmodell 103, 116, 118 f., 192
- , systemkritisches 24, 108, 118, 137, 188, 199
- analogiefähig 130, 394
- Analyse 7, 19, 56, 62 f., 72, 100, 140, 169, 171, 177, 179, 183, 188, 193, 203, 226, 228, 246 f. 252, 413
 - instrumentarium 12, 91, 188, 235, 262
- Anbieter-
 - identifikation 304
 - wechselkosten 251 ff.
- Angemessenheitskontrolle 311, 401, 412
- Angleichung-
 - smaßnahmen 2, 151, 296, 394
 - spolitik 149, 295
- Anonymität 217, 304, 316, 365
- Anreiz 79, 109, 197, 200, 228 ff., 234, 249, 259, 278, 282, 292, 249, 263, 411 ff.
- Antitrust-Recht 93
- Anwendung-
 - sbereich 30, 40, 44 ff., 48, 112, 141 f., 154, 163, 299, 302, 305, 311, 313, 320, 322, 324, 327, 329 f., 332, 336, 344, 350, 355, 356, 359, 362 f., 384, 393, 395, 401 f.
 - sprogramm 226 f., 270 f., 276
- Arbeit-
 - splätze 1, 3, 25, 303
 - steilung 52 f., 55
- asymmetrisch 26, 114 f., 188, 195 f., 198 ff., 238, 245, 255, 308
- atomistisch 60, 78, 85, 88, 114, 179, 268, 284
- Auktion-
 - ator 58, 68, 180, 188, 192, 214, 253
 - ssystem 211, 214 f.
- Auslegung 110, 112, 128, 130, 145, 160, 320, 322 f., 325, 335, 350 f., 357, 365, 389, 391, 393 ff., 399
- Ausnahme 15, 22, 35, 37, 83, 97, 111, 113, 144, 150, 173, 268, 296, 311, 313, 327 ff., 331 ff., 344, 347, 351, 359, 380, 387 ff.
- Ausschließlichkeit 7, 82, 280 ff., 288, 291 f.
- Austrianismus 64, 88
- Auswahlfreiheit 140, 267, 282, 293, 408 f.
- Automatisierung 333
- Autonomie 11 ff, 48, 109, 120
- Bahnbrecher 88 ff.
- Bedarfsmarktkonzept 285 f.
- Bedürfnispräferenz 189
- Begriffsdefinition 49
- Behinderungswettbewerb 265, 287
- Bereichsausnahme 45, 320, 327, 350, 386 ff., 395
- bereichsspezifisch 113, 319
- Betrieb-
 - ssystem 226, 242, 270 ff., 283 f., 291
 - ssystemmarkt 272, 277 f., 283, 291

- Beweislastumkehr 325, 375
- Binnenmarkt 153, 157 f., 164, 166, 296
- binnenmarkt-
 - bezogen 2, 155, 296 f.
 - unabhängig 151 f., 155 f.
- Börsen 79, 180, 206, 214 f., 258
 - informationssystem 206
- Brokereffekt 256 ff.
- Browser 208 f., 242, 271 f., 274 ff., 291
- BSE 20, 189, 195, 198 f.
- Bund-
 - esjustizministerium 24
 - eskartellamt 115, 285 f., 288
 - esrat 40, 43, 48, 389
 - esregierung 19 f., 23 ff., 30, 41, 51, 107 f.
 - estag 40 f., 386, 388 f., 391 f.
 - esverfassungsgericht 138 f.
- Bürgertum 111 f.

- Computerbörse 206
- Cyber-
 - mediäre 259 f.
 - space 208

- Darlehen 49, 142, 371, 383
- Data-
 - -Mining 242 f.
 - -Warehousing 243
- Daten-
 - bank 212, 252, 287, 324
 - schutz 17, 229, 242, 319
 - träger 289, 300, 323 f, 345 f. 377, 387 f., 388, 393
- Defizit 21, 30, 47, 59, 119, 143, 192, 262, 264, 295, 316, 349, 391, 398 f., 400
- Demokratisierung 125
- Deregulierung 30, 41, 349, 368, 399, 412 f.
- determiniert 6, 29, 57, 144, 181
- Determinierung 6
- dialektisch 110, 112
- Dienst-
 - eanbieter 302, 304, 307, 310, 350
 - leistungsfreiheit 158, 296
- Digitalisierung 1, 173, 207, 248
- Direktmarketing 40 ff., 46 ff., 304, 358
- Disintermediation 213, 248, 256, 258 f.
- Diskriminierung 146, 163, 241, 309
 - sverbot 307, 365
- Distanz-
 - marketing 45, 47
 - verträge 47
- Distribution 112 f., 258, 324
 - sstufe 258
- Dogmatik 8, 30, 39, 110 f., 113, 140, 289, 401
- dogmatisch 13, 16 f., 37, 50, 111, 121, 124, 128
- Dogmen 44
- Dokumentationspflicht 335, 337, 345 ff., 384
- Durchschnitt-
 - spreise 196
 - squalität 195 f.
 - sverbraucher 165 f., 168 f.
- economic analysis of law, normative 8 f.
- Effekte, externe 237
- effizient 9, 12, 52, 73 f., 81, 95, 149, 178, 180, 182, 186 f., 192, 201, 204 f., 232 f., 249, 253, 255 f., 410
- Effizienz
 - , allokative 74, 81, 83, 92
 - , produktive 73 f., 81 f., 92
 - steigerungen 92
- Einfuhrbeschränkungen 105, 159
- Eingabekorrektur 352
- Einrichtung, wesentliche 288, 292 f.
- Einzelhandel 211, 213, 332
- Elektronisierung 4, 15, 17, 174, 187, 206, 217, 235, 248, 252 f.
- empirisch 1, 61, 63, 66, 72, 76, 91, 93, 116, 138, 179, 181, 230, 237, 254 f., 367
- endogen 236 f., 243
- Entdeckungsverfahren 8, 68, 90, 94, 117
- Entscheidungsfreiheit 91
- entsiegelt 387 f.
- Erfahrung-
 - sgüter 193 f., 196, 235, 238, 411
 - ssatz 366
- Erfüllung 39, 49, 143, 175 ff., 229, 300, 336, 343 ff., 351, 378, 381, 384 ff., 389 ff., 396
- Erklärungsdefizit 262
- Ersatzpflicht 380 ff.
- essentialia negotii 337, 348 f.
- Essentialrecht 395
- Ethik 127
- Europäische Union 25, 28, 150 f., 156 ff., 170, 265, 302, 317
- Europäisierung 130 f.
- Europa-
 - recht 145, 159, 296, 311, 315, 391 ff., 401
 - rechtsparadigma 7, 13, 19, 145, 170
- Evolution 13, 70 f., 185, 204, 206, 238, 258

- Exogen 214, 236
- Externalitäten 94, 228, 237, 287
- Faktorspezifität 186, f.
- Fehlallokation 68, 237
- Fern-
 - absatzverträge 3, 45 f., 48 ff., 130, 174, 217, 299, 318, 320 ff., 384 ff.
 - unterrichtsverträge 42, 328
- Finanzdienstleistungen 45, 156, 235, 252, 298 f., 316, 330, 362, 387
- findig 64 f., 88, 203
- first copy-Kosten 242, 289 f.
- Fixkosten 233, 235 f., 255, 271
- Flickenteppich 312
- flüchtig 48, 161, 165 f., 168, 403
- Flüchtigkeit 218, 366
- Follow-the-free 241, 289
- Form-
 - ularverträge 37, 311, 401 f., 410 f.
 - vorschritt 3, 307 ff., 329, 359, 365
- Freiheit 12, 47, 65, 70 f., 76, 84 ff., 94 ff., 97 ff., 102 ff., 127, 132 ff., 265, 267, 370
- sgarantie 132
- Fremdbestimmung 132
- Funktionsbedingung 47, 96, 118, 134, 136 f., 139, 223
- Gebrauch-
 - swert 53, 109, 114
 - twagenmarkt 191, 195
- Gefahrenpotenzial 369
- Gegen-
 - macht 98, 106, 110, 114 f., 117, 119, 137
 - strategie 80, 254
- Gemein-
 - samer Markt 146 ff. 265
 - schaftspolitiken 148
 - wohl 35, 296
- Generalklausel 28, 32, 126, 147, 159
- Gerechtigkeit 8, 78 f., 86, 94, 96, 99, 108, 111, 133, 265, 323
- Geschäft-
 - sbrief 365
 - sverkehr, elektronischer 1 ff., 24 f., 156, 352, 357 f., 365, 372, 398
- Gesellschaftsordnung 96, 265
- Gesetz-
 - esauslegung 110, 130
 - esinitiative 40
 - esmaterialien 141 f., 375
 - gebung 6 f., 12, 29, 36, 97, 105, 117, 123, 128 ff., 413
 - gebungstheorie 5 f., 12
 - gebungsverfahren 41, 355
- Gestaltung 8 f., 50 f., 131, 134
- smittel 134
- sparadigma 7 f., 12, 14, 145, 170, 221, 293, 317, 401, 412 ff.
- Gewerbetreibende 30, 34, 46
- Gleichgewicht 63, 65 ff., 77 f., 89, 134, 178, 187 ff., 197, 205, 284
- spreis 52, 56 ff., 62, 76, 174, 180, 195, 201, 204, 331, 410
- stheorie 62, 65 ff., 77, 80, 85 f., 192, 203, 229
- szustand 63, 66, 69, 85, 87, 90 f., 177
- Gleichheit 29, 109, 113, 118, 120, 125, 265
- , formale 23, 44
- Godesberger Programm 98
- Grenzkosten 73, 83, 231, 233, 242
- niveau 242
- Größenwachstum 225, 230, 232 f., 255, 265, 283, 289, 291, 411
- Grund-
 - freiheiten 19, 295 f., 301, 332
 - gesetz 112, 127, 132
 - konzeptionen 20, 100 f.
 - satz 33, 35, 38, 47, 55, 106, 113, 126 f., 305, 339, 363, 394, 405
- Güter-
 - , öffentliche 94, 240, 245, 250, 289
 - menge 104
 - qualität 177, 198, 200, 217
- Gütesiegel 239
- Haftungsansprüche 22
- Handelsordnung 11, 67, 69 ff., 94
- Handlungsfreiheit 12, 267
- harmonisiert 28, 159, 166, 264 f.
- Haustür-
 - geschäft 29 f., 41, 43, 141, 372
 - situation 311, 372
- Herkunftsland 305 39, 51, 129
- hervorgehoben 268, 304, 346, 377, 384
- Hierarchie 185, 197, 205, 258
- hierarchisch 69, 186
- Homepage 326, 336 f., 348, 356 ff., 360, 366, 404
- homo oeconomicus 9, 11, 61, 114, 181
- homogen 60, 78 f., 178, 189 ff., 194, 201, 253 f., 255, , 260, 286
- Hyperlink 404

- Identität 47
- Imparität 334, 336 f.
- Implikationen 4, 7, 17, 36, 224, 233, 240, 246, 248, 366
- Importverbot 160
- Individual-
 - ismus, methodologischer 66
 - prinzip 103, 107
 - schutz 33, 36, 115
- Industrie-
 - gesellschaft 1, 36, 45, 122 ff., 128 f.
 - ökonomik 224
- industriökonomisch 17, 223, 231, 235
- Information 26, 58, 63 f., 106, 109, 115, 137, 152, 158, 161, 191, 194 f., 209, 238 f., 246, 250 f., 305, 323, 338, 346, 355, 361, 367, 414
 - , asymmetrische 195 f., 238, 255
 - sasymmetrien 61, 238 f., 414
 - sdefizit 47, 349, 391, 398 f.
 - seffizienz 58, 252
 - sflut 252
 - sgesellschaft 1, 156, 302, 350 f., 354, 357
 - sgütermärkte 174
 - skosten 59, 84, 177, 180, 182, 184, 190, 192, 249, 251 ff.
 - slücken 63 f.
 - smärkte 174, 249 ff.
 - smodell 20 ff., 103 ff., 108 ff., 140 ., 157, 169, 183, 199, 219, 232, 247, 250, 262, 264, 297, 300, 315 f., 318, 348, 368, 370, 412 f.
 - sökonomie (-sökonomik) 12, 93, 174, 177 f., 183, 187 ff., 201 ff., 216 f., 248 ff., 368, 409, 411
 - spflicht 40, 47, 120, 142 f., 299 f., 302 ff., 315 f., 318 ff., 384 ff., 398, 412 f.
 - spolitik 23
 - sprämisse 178, 181
 - sprodukte 223, 229, 235 ff., 284, 290
 - sproduktmärkte 223, 243
 - sprozesse 55, 79
 - ssuche 174, 178 f., 182, 188, 190, 194 f., 216, 235, 249, 251, 258
 - stechnologie 1, 26, 53, 88, 92, 174, 179, 184 ff., 189, 192, 206, 214, 216, 219, 222, 247 f. 250, 252, 256, 298, 304, 348
 - süberflutung 176, 252
 - sübertragung 197, 249 ff., 412 f.
 - sübertragungsmechanismen 196 f., 249
 - sübertragungsprobleme 195
 - svermittler 38, 66, 246, 249
 - svermittlung 197
 - sverteilung 188, 195 f., 198 f., 238, 255
- informationelles Selbstbestimmungsrecht 17
- informiert 61 f., 64, 68, 165, 167 f., 195 ff., 203, 253, 337, 342 ff., 363, 398
- Infrastruktureinrichtungen 55, 226, 292
- Inhaltskontrolle 14, 137 f., 140, 311 f., 317, 400 ff., 412
- Inkongruenz 110, 262, 411
- Innovation 70, 92, 116, 230, 244, 267, 270, 282 f., 287, 289
 - sdruk 267, 286, 293
- Institutionenschutz 26
- Integration 50, 126, 128, 130 f., 148, 243, 256 f., 277, 319, 402
 - seffekt 256 f.
- interdependent 71, 144
- Interdependenz 12, 71, 143
- interdisziplinär 13
- Interessen-
 - ausgleich 134 f., 139, 259
 - gegensatz 104
- Intermediär 176, 212, 246, 256, 258 ff.
- internalisierbar 230
- Internet 1, 4, 15, 17, 45, 48, 168 f., 187, 200, 207 ff., 264 ff.
 - -Anbieter 320, 339, 341, 344 f., 381, 363 f., 366, 394, 403, 405 f.
 - -Handel 143, 200, 217, 242, 338, 351, 357, 379
 - -Kauf 4
 - -Ökonomie 236, 245 f., 279, 293, 324
 - -Vertrieb 48, 143
 - werbung 242
- internetspezifisch 168, 170, 218, 245, 260 f., 310, 317, 405
- Interpretationsgeschichte 30
- Intervention-
 - ismus 125
 - sstaat 123
- Investitionslenkung 23, 91, 102
- Irreführung 23, 31, 125, 162 ff., 167 f.
 - sverbot 33, 164 ff., 301
- Kapitalismus 56, 87 ff., 97
- Kartell 17, 21, 264
 - behörde 272
 - politik 265, 268 f., 283, 294
 - recht 17, 72, 84, 265 ff., 412
- Klassik 56, 61, 76
- Klauselverwender 405, 410

- Kodifikationsdebatte 130
- Kommunikation-
 - , kommerzielle 302, 304 f., 357 f.
 - seffekt 265
 - stechnik 14, 208, 306, 321, 347
 - stechnologie 1, 26, 53, 88, 179, 185 f., 206, 214, 217, 219, 222, 247 f., 251 f., 256, 304, 348
- Kompatibilität 209, 225, 227, 279, 287, 411
- Kompensation 23, 117, 120, 254, 318, 365, 390, 412
- Kompetenzgrundlage 145 f., 156 f., 298
- Komplementärgüter 227 ff., 255, 288 293, 411
- Komplementarität 96, 247
- Komplexität 7, 59, 142, 186, 203 f., 219, 267, 348
- komplexitätsreduzierend 219
- Konditionenwettbewerb 27, 408 f.
- Konkordanz, praktische 13, 138
- Konkurrentenschutz 32, 162
- Konkurrenz-
 - , totale 78
 - , vollständige 54, 59 f., 76 f., 85, 91, 99, 179, 266, 268
- Konnexität 19, 52, 224
- Konsument-
 - enbedürfnisse 93, 109, 189
 - enforschung 366 f.
 - enkredit 111
 - enpräferenzen 79, 266
 - enschutz 44, 298
 - ensouveränität 21, 75, 104, 109, 114, 148, 157, 198, 264, 266, 295
 - enwohlfahrt 72, 83 f., 92, 287
- Konzentrationsniveau 236 f.
- Konzeption-
 - , wirtschaftspolitische 23
 - , verbraucherspolitische 21, 25, 97, 101, 107, 157
 - , verbraucherschutztheoretische 52, 91, 101
- Koordination 62, 67, 69, 94, 176, 180, 183, 186, 203 f., 219, 246
 - sform 62, 185, 187, 257 f.
 - skosten 61, 80, 178, 185 f., 204, 253, 257 f.
 - slücken 64, 90, 202 ff., 249
 - smängel 178
 - ssystem 14, 172, 174
 - stheorie 184 f.
 - sverfahren 52
- Koordinierung 58 f., 63, 66 f., 69, 100, 116, 151, 184, 186
 - smechanismus 52, 54 f., 58, 174
- Korrektiv 133
- Korrektur 50, 89, 138, 332, 335
- Kostenstruktur 17, 224, 240, 246, 288
- Kreditkarten-
 - märkte 280
 - system 280
- Laissez-faire 55, 66, 74, 78
- Lauterkeit 161 f., 166, 300, 336
 - srecht 17, 48, 163, 166, 264 f., 299
- Lebensmittelskandal 198
- Legaldefinition 321, 325, 354
- Legitimierung 110
- Leistung-
 - skoordinierung 15
 - swettbewerb 21, 27, 99, 105, 136, 161, 230
- Leitbild 21, 75, 77, 87, 104, 110, 119, 157, 165 f., 266 f.
- Lemon-Märkte 26, 189, 196 ff., 250, 410
- Liberalismus 38, 55, 65 f., 78, 123, 125, 134, 265
- Maastricht 151 ff., 313
- Macht-
 - ungleichheiten 134, 137
 - verteilung 135, 137, 245, 260 f.
- Marginalkosten 278, 290
- Markt-
 - abgrenzung 284 ff.
 - anteile 77 f., 81, 225, 279, 281, 283 f.
 - barrieren (-eintrittsbarrieren, -zutrittsbarrieren) 73, 81 ff., 93, 163, 210, 253, 281, 283
 - beherrschung 283 ff.
 - beteiligte 26 f., 105, 240
 - betreiber 176, 211
 - daten 64, 67 f., 76, 182, 191 f. 202 ff., 216, 248 f.
 - führer 166, 232, 243, 273, 279, 285
 - gleichgewicht 54, 56, 58, 63, 82, 188, 191, 203, 231, 269, 287
 - koordination 65, 186 f.
 - lage 132, 134
 - lehre 56
 - macht 73, 81 ff., 90, 104, 211, 217, 248, 260 ff., 267 ff., 275, 281, 286 ff., 291
 - ordnung 29, 70, 136, 144
 - paradigma 20, 171, 205, 219
 - platz 206, 211, 215, 259, 261

- position 28, 51, 211, 231 f., 242, 277, 363
- preis 53 f., 57 ff., 76, 78, 83, 85
- prozess 54, 64, 86, 88, 113 f., 179, 187, 191, 195, 201 f.
- prozesstheorie 63, 65, 73, 80, 95 f., 88, 90, 177 ff., 183, 201 ff.
- recht 4, 144, 169, 324
- rolle 50 f., 137, 224, 246 f., 390
- segmentierung 241, 254, 259
- struktur 60, 72, 78, 85, 88, 179, 231 f., 240, 243, 245, 262, 265, 257 ff., 279, 283 f.
- struktur-Marktverhalten-Marktergebnis-Ansatz 72, 74, 93
- theorie 52, 56, 61 ff., 67, 69, 73, 76, 91, 101, 118, 169, 363
- unvollkommenheiten 84, 87, 90, 116, 176, 266 f.
- versagen 119, 178, 196, 201, 229 f., 237, 250, 409 ff.
- vorstellungen 134
- wissen 64, f., 67, 90, 178, 202, 249
- ziele 91 ff., 101 ff., 118, 146
- markt-
 - beherrschend 146, 243 f., 279, 285 ff., 290 ff.
 - generiert 227 f., 411
 - komplementär 56, 96, 106, 114 f., 148, 158
 - konform 26, 108, 112, 119
 - rollenbedingt 139, 247, 318, 413
 - rollentypisch 216
- Märkte-
 - , unvollkommene 178, 180, 182, 187, 190, 192, 197, 216, 251
 - , vollkommene 182, 192, 201, 203, 231, 256
- Masse, kritische 229, 233 f., 271, 289
- Massenproduktion 231
- Materialisierung 121, 126
- mediatisiert 14, 17, 219
- Mediatisierung 15, 80, 173, 185, 256 ff.
- medienbedingt 217 ff., 260, 262, 318, 365 f., 390
- Meinungsbildung 68, 90, 305, 355
- Mesoebene 17, 224
- Methode 5 f., 8, 12 f., 57, 72, 110
 - nlehre 113
- Methodik 110
- Microsoft-Fall 231, 244, 269, 272, 277, 279, 283, 290 f.
- Mikro-
 - ebene 17, 224
 - ökonomie 8
 - mikroökonomisch 12, 17, 32, 58, 60, 92, 99 f., 181 f., 201, 223 f., 246
- Mindest-
 - harmonisierungsprinzip 156 f., 317
 - laufzeit 143, 341
 - standard 295, 320, 412
- Missbrauch 31, 34, 132, 285
 - sbekämpfung 38
- Mittelstand 1, 210
- Modell-
 - annahmen 60, 62, 78, 191
 - vorstellung 4, 11, 62, 114
- moderat 233, 247, 256, 368
- Modifikation 19, 49, 246, 372, 382, 397, 402
- Monopol 74, 78, 232, 274, 276, 279, 281, 287, 291
 - isierung 75, 83, 276, 278
 - preis 192, 276, 278 f., 290
- moral hazard 197, 200, 217, 239, 349
- mündig 368
- Nachahmer 87, 89 f.
- Nachtwächterstaat 55, 123
- Nationalökonomie 7, 12, 55, 59, 66, 76 f., 187, 189, 201
- Neoklassik 56 ff., 77 ff.
- Neosozialismus 97, 99
- Netz-
 - effekte 224 ff.
 - ökonomie 17 f., 222 ff.
 - teilnehmer 225 f., 233, 237
 - werkgüter 226 f., 233, 411
 - werkknoten 207
 - werktheorie 224 ff., 245
- netzgerecht 19, 219, 245
- Neue Institutionelle Ökonomie (Neue Institutionenökonomie) 179, 184, 201
- nichtprofessionell 142, 218
- Nivellierung 89, 184, 247
- Norm-
 - ierung 9, 12, 23, 124 ff., 144 f. 152, 180, 216, 329, 412
 - zweck 27, 141
- Novelle 26, 31 ff., 35 f., 39 f., 43, 125, 264, 268, 291, 301, 312, 401
- Novellierungsbedarf 126
- Nutzenzuwachs 225, 237, 411
- Offline-Verbraucherrecht 177
- ökonomische Analyse des Rechts 6, 8 ff.
- Oligopol 74, 85, 104, 119, 134

- One-to-One-Marketing 243
- Online-
 - -Auktion 214
 - -Banking 330, 352
 - -Download 302, 385, 389, 392
 - -Erfüllung 389 f., 393 f.
 - -Konsument 171
 - -Lieferung 310, 388, 390 f.
 - -Markt 171
 - -Recht 4, 171
 - -shop 211 ff.
 - -Verbraucherrecht 4, 13, 177, 240, 245
 - -Verträge 400
- Opportunitätskosten 231, 234
- Opt-in-Prinzip 299
- Opt-out-Prinzip 299
- Ordnung-
 - , spontane 67, 69 ff., 94, 204
 - -saufgabe 129, 131 ff., 136
 - -sprinzip 76, 152
- Ordnungspolitisch 21, 47, 55, 93, 99, 101 ff., 107, 116, 136, 158, 390
- Ordoliberalismus 65, 75, 94, 101, 268
- Organisationstheorie 184
- Ortsunabhängigkeit 212, 261

- paketvermittelt 207 f.
- Paradigmenwechsel 131, 136, 139
- Parameter 79
- pareto-optimal 60, 91, 182
- Paritätsstörung 311, 400 f.
- Partizipation 110, 117
- Personalisiert 212, 218, 243
- Plan-
 - -koordination 67 f., 203
 - -wirtschaft 70
- Plausibilität 13, 411, 413
- Portale 211, 259 ff.
- Powershopping 211, 215, 261
- Präferenzen 60, 79, 95, 179, 189, 251, 266
- Praktikabilitätsbewertung 386
- Preis-
 - -bildungsmechanismus 54, 57, 79, 211
 - -diskriminierung 241 f.
 - -dispersion 178, 189 f., 192, 201, 253
 - -informationen 59, 192 f., 195, 200, 214, 250, 254
 - -klarheit und -wahrheit 342, 363
 - -mechanismus 185
 - -missbrauch 290
 - -recht 362 f., 413
 - -system 59, 66, 69
 - -theorie 34, 51 ff. 57, 63, 72, 74, 78, 91, 93, 181, 266
 - -unsicherheit 189, 193
 - -unterbietung 73, 81, 83, 288 f.
 - -wettbewerb 27, 78, 87, 212, 282
- Primärrecht 145 f.
- Primat 99, 102, 104, 107, 139, 158
- Prinzipal-Agent 238 f.
- Privat-
 - -autonomie 131 ff.
 - -rechtsordnung 12, 20, 125
- privatrechtstheoretisch 126, 131, 169, 400
- Probefahrt 291, 381
- Produktdifferenzierung 21, 79, 241, 285, 298
- Produktion-
 - -sfaktoren 54, 57, 59, 88, 232 f.
 - -skosten 53 f., 57, 89, 184, 201, 250, 252, 258, 272
 - -smittel 22, 97 f., 103, 108, 109, 111
- Produkt-
 - -ivität 52 f.
 - -koppelung 82 f., 272, 290
 - -versioning 254
 - -vielfalt 21, 282
- Property Rights 179, 201
- Prosumerismus 243

- Qualität-
 - -sdispersionen 252
 - -sinformationen 195, 197, 200, 216 f., 223, 250 ff.
 - -ssuche 194, 217
 - -sunsicherheit 178, 188 f. 193, 201, 249 f., 251, 254

- Rahmenbedingungen 55, 144 f., 307
- Ratenlieferungsverträge 360, 397 f.
- ratio 106, 141, 291, 299, 327, 387, 395
- Rationalitätsprämisse 188, 190
- Realitätsferne 61, 63, 74, 77, 84
- Recht-
 - -sangleichung 2, 146, 148 f., 151, 155, 297
 - -sangleichungskompetenz 147 f.
 - -sdogmatik 8
 - -sfortbildung 117, 391, 393 f.
 - -sgestaltung 131
 - -sordnung 1, 12, 16, 54 f., 69, 100, 134 ff., 202, 265, 331, 401
 - -sphilosophie 10
 - -ssubjekt 9, 11, 29, 133
- rechtspolitisch 33, 48, 148, 333, 391

- Referenz-
 - modell 104, 107 f., 169, 230
 - system 101 f., 107, 118, 201
- Reformmaterie 129
- Regelung-
 - sdefizit 30
 - skonzept 8
 - stechniken 46
- Reglementierung 84, 133, 265
- Regulierung 34, 40, 84, 86, 100, 104, 106, 169, 218 f., 221, 237, 262, 412
 - sinstrument 269, 283
- Reisevertragsrecht 129
- Rekodifizierung 130
- REM-Hypothese 11, 61, 79
- Reservationspreis 191, 251
- Ressourcen-
 - alloktion 12, 63, 72, 91, 249
 - verzehr 178, 185, 192, 216
- Richtigkeit 133 f., 135
 - sgewähr 38, 133 ff., 138 f., 400
- Risiken 13, 82, 123, 142, 182, 216, 218 f., 243, 304, 321, 350, 366, 390, 413
- Risikoverteilung 380
- Rivalität 236, 240, 282, 289
- Rück-
 - gaberecht 376 ff., 378 ff.
 - kanal 351, 356
 - trittsrecht 28, 42, 127, 316, 351, 366, 373 f., 378, 380
- Rückstandsfrei 386 f.
- Rundfunk 303, 321, 356

- Sachgerechtigkeit 141
- Schadensersatzansprüche 28, 337, 349
- Schlüsseltechnologie 241
- School-
 - , Chicago 71 ff., 80 ff., 91 ff.
 - , Harvard 72 ff., 82, 93
- Schriftform 217, 307, 309, 311
 - erfordernis 39, 328 f., 330
- Schule-
 - , Freiburger 35, 55, 75, 95
 - , Ordoliberaler 21, 75, 84 ff., 100, 104, 135
 - , Österreichische 52, 63, 65, 88, 201
- Schutz-
 - bedürftigkeit 44, 46, 48, 111, 119, 141, 262
 - bereich 22, 28, 30, 44, 218, 288, 321
 - gesetz 42
 - hüllenverträge 408
 - instrument 14, 96, 114 f., 120, 169, 217, 247, 264, 295, 316 f., 412 f.
 - lücke 31, 129, 156, 322, 333
 - niveau 25, 149, 151, 155, 158 f., 166, 263, 297, 301, 313, 317, 327, 329, 359, 365, 366, 369, 374, 394
 - objekt 135
 - system 28, 71
 - vorschriften 4, 29, 307, 320, 324
 - zweck 26, f., 140, 380
- schutzbedürftig 44, 46, 48, 94, 11, 119, 141, 156, 262
- Schwächerer 27, 94, 100, 121, 123, 127, 131, 134, 136 f., 140, 232
- Sekundärrecht 41, 145, 159, 166, 265, 295 ff., 312 f., 317, 354, 368, 392 f.
- selbstbestimmt 96, 139, 316
- Selbst-
 - hilfe 29, 34, 96 f., 106 ff., 158, 197, 217, 260, 262, 316, 318, 367
 - kontrolle 23, 106 f.
 - organisation 106 f., 201, 203
 - organisationsprozess 179
 - regulierung 26
- situativ 30, 46
- Skaleneffekte 232 f., 235, 255, 289, 410 f.
- Skalenerträge 232 f., 256
- Sonder-
 - privatrecht 16, 45, 121, 127 f., 130 f., 319, 398
 - recht 16, 19, 36, 140, 390, 413
 - rechtstheorie 16
- Souverän 60, 119
- Sozialismus 70, 86 f., 94, 97 f.
 - , demokratischer 91, 98 f.
 - , freiheitlicher 97
 - , klassischer 97, 99
- Sozial-
 - gesetzgebung 36, 123
 - modell, liberales 29, 125
 - ordnung 96,
 - politik 51, 52, 55, 85 f., 94 ff, 99, 100 f., 123, 127
 - prinzip 99, 103
 - staat 92, 96
 - staatsgedanke 8, 26, 94
 - versicherungssystem 123
 - wissenschaften 113 f.
- Spezialitätsgrundsatz 328
- Standards 203 f., 217, 225, 234, 281 f., 284, 287, 292 f., 301
- Standardsoftware 389, 392 f.
- Steuern 229, 269, 342
- Stiftung Warentest 108, 197, 305, 358, 367

- Struktur-
 - prinzip 5, 121, 269
 - wandel 125 ff.
- Subsidiaritätsprinzip 96, 107, 152 f.
- Such-
 - kosten 177 ff.
 - strategie 190 ff.
 - umfang 190, 253
 - verhalten 188, 190 f.
- Sukzessivliefervertrag 360, 397
- sunk costs 236 f., 243 f., 253
- Systemgedanke 7
- system-
 - konform 368
 - kritisch 24, 108, 118, 137, 188, 199
- Tauschwert 53, 109, 112
- Technikgeneriert 227 f.
- Teilzahlung-
 - sabrede 330, 359, 373, 383, 396 f.
 - sgeschäft 359, 396 f.
 - svertrag 330
- Teilzeit-Wohnrechtvertrag 29, 309, 328
- Tele-
 - und Mediendienste 303, 321, 351, 354
 - shopping 297, 303, 351, 356
- Textform 143, 335, 340, 344 ff., 348, 359 ff., 374 f., 377, 380
- Time-Sharing-Verträge 328
- Transaktion-
 - skosten 183 ff.
 - skostenansatz 183, 185
 - skostensenkung 175
 - smedium 207, 248
 - sphasen 15, 173
- Transformation 2, 10, 41, 49, 61, 129, 308, 313, 317, 327 ff., 335 ff., 362, 389
 - sbedarf 307
 - sgesetz 49, 394
- Transparenz 140, 176, 180, 200, 229, 254, 256, 261, 336, 392
 - gebot 335 f., 338 f., 352
 - prämissen 180
 - verbesserung 23
- transparenzverbessernd 341
- Typisierung 141 f.
- Über-
 - rumpelung 43, 140, 217 f.
 - ziehungskredit 359 f.
- Ubiquität 253
- Umkehr 45, 49, 366
- Umweltschutz 151
 - unangefordert 264, 299, 301 f., 305 f.
- Ungleichgewicht 89, 116, 148, 284, 315
 - slage 50, 64, 127, 137, 139, 184, 203
- unsichtbar 49, 54, 56, 69, 76, 143
- Unsichtbarkeit 217, 301, 321, 384
- Unterlassung-
 - sansprüche 105, 335, 37
 - sklage 3, 28, 33, 45, 154
- Unterlegenheit 55 f., 116, 119, 138 f., 216, 400
- Unternehmen-
 - sgröße 17, 224, 229, 232
 - skonzentration 21, 72 f.
 - skoordination 187
 - srecht 113, 128, 131
 - swachstum 73 f., 83, 92, 245
 - szusammenschlüsse 82, 92
- Unternehmertum 64 f., 88 f.
- Unterschrift 308 f., 329, 372
- Unwirksamkeit 49, 376, 382
- Unwissenheit 64 f., 202 f.
- Urheberrecht 17, 387 f., 408
- Utilitarismus 10
- Verbot-
 - sgesetz 28, 42
 - sreflex 32
- Verbraucher-
 - aufklärung 153
 - begriff 119, 312 ff.
 - beratung 29, 106 ff.
 - bildung 106
 - darlehen 28, 142, 319, 360, 382, 396
 - deklaration 147
 - entscheidung 105, 162, 307, 340
 - gefährdung 252
 - gegenmacht 106, 110, 114 f., 117, 119
 - information 22, 25, 29, 94, 99, 150, 162, 188, 361, 363, 366, 368
 - interessen, wirtschaftliche 17, 25, 28, 121, 153, 156, 158
 - kreditverträge 330
 - leitbild 11, 148, 158 f., 166, 168, 348, 368
 - märkte 210 f.
 - rolle 14, 169, 221 f., 229, 240, 246 f., 264, 270, 279, 295, 349
 - schutzbericht 24
 - schutzfunktion 34
 - schutzmaßnahmen 94, 107, 139, 199
 - schutzministerium 20, 24 f.

- schutzmodell 21, 56, 101
- schutztheorie 92, 97, 117 f., 177, 189, 199, 205, 219
- selbstbestimmung 36, 141, 390
- selbsthilfe 97, 106, 260, 316, 318
- verbände 28, 32, 43, 75, 105, 107, 298
- verträge 150, 311, 349, 371 f., 375 f., 383, 398, 400 ff., 412
- Vereinheitlichung 122 f., 187, 373
- Verhältnismäßigkeit 144, 161, 318, 369, 412 f.
- Verkaufsprospekt 377
- Vernetzung 1, 207 f., 215, 260 f.
- Versandhandel 167, 212, 298, 301, 360, 376
- Verschlüsselungsverfahren 308
- Versicherungsrecht 330, 361, 363
- verständlich 164 f., 168, 346
- Verteildienste 351
- Verteilungsgerechtigkeit 91 ff., 119
- Vertrag-
 - sabwicklung 343
 - sbedingungen 47, 138, 258, 312, 354, 361, 401 f., 408
 - serfüllung 79, 173 f., 185, 235, 303, 343, 346, 348, 385
 - sergebnis 133, 371
 - sfreiheit, formale 22, 37, 127, 136, 139
 - sfreiheit, materiale 22, 39, 47
 - sgegenstände 143, 218
 - sgerechtigkeit 131, 135 ff.
 - sgestaltung 36
 - simparität 138, 409, 412
 - sklausel 311, 401, 403, 409, 412
 - slösungsrecht 14, 28, 120, 370 ff.
 - sordnung 103, 133, 136
 - sparität 48, 136 ff., 315, 400 f., 408, 413
 - srecht 1, 121, 127, 139, 313, 329, 363, 371
 - sschlussmechanismus 135, 214, 307
 - ssystem 133 f., 136, 390
- Vertrieb-
 - sformen 36, 143, 297
 - ssystem 45 f., 324
 - sverbraucherrecht 36, 47, 50
- Verwendungszwecke 29
- Volkswirtschaft 34, 51, 53, 55, 61, 210
- Vorab-
 - information 334 ff., 337 ff., 344, 346
 - unterrichtung 299
- Wachstumseffekte 232
- Wahlfreiheit 136, 232
- Waren-
 - qualität 37, 57, 64, 93, 104 f., 109, 198, 201, 250 ff., 257
 - testinstitute 107
 - verkehrsfreiheit 158 ff. 296
- Wechselkosten 232, 234, 281, 287
- Werberecht 170, 310
- Werbung, irreführende 27 f., 32, 167, 264, 312
- Wert-
 - eordnung 94 f.
 - esystem 115
 - schöpfungskette 257
- Wettbewerb-
 - , dynamischer 76 ff., 86 ff.
 - , funktionsfähiger 74, 76, 87, 99, 116, 136, 266, 268
 - , monopolistischer 74, 77
 - , unlauterer 31 ff.
 - , unvollkommener 87
 - , vollkommener 76 ff., 80, 85 ff., 119, 266, 268, 294
 - sbehinderung 55, 84, 105, 281, 283
 - sbeschränkung 17, 21, 33, 35, 75, 87, 115, 267 f.
 - sfreiheit 12, 22, 33, 114, 140, 266 ff.
 - sintensität 233, 245, 254, 256, 266 f., 285, 287, 390
 - skonzept 72, 74, 77, 78, 85, 90, 93, 108
 - smodell 4, 94, 108, 144, 171
 - sordnung 26, 75, 85, 102, 104 f., 135 f., 390
 - spreis 14, 54, 288, 290
 - sprozess 51, 73, 81, 87 ff., 100, 204, 246, 267, 288
 - stheorie 8, 51, 76 f., 91, 95, 100, 169, 171, 181, 265
 - sverstöße 232, 270
 - svorteile 79, 116
- wettbewerbspolitisch 17, 56, 77, 87 92 f., 224, 242, 244, 265 f., 268, 284, 292
- Widerruf-
 - sausschluss 386, 389, 391, 393
 - sbelehrung 335, 344, 347, 371 f., 374 f., 383 ff.
 - serklärung 374 f., 378 f.
 - sparadigma 47, 299, 301
- Widerspruch 22, 55, 71, 79, 93, 108, 110, 112, 119, 321, 380 f., 405
- Willen-
 - sbildung 71, 137, 350, 370
 - serklärung 44, 111, 132, 307, 330, 353, 365, 382

Wirksamkeit 49, 132, 297, 309, 372, 374,
376, 386, 403, 410
Wirtschaft-
– sliberalismus 103, 134
– spläne 58, 64 f., 67 f., 78, 86, 180, 246
– swissenschaften 4, 15
Wohlfahrt 9, 11, 54, 91 f., 268, 276
– sstaat 70, 94
wohlfahrtssteigernd 187, 197, 248
Wohlstand 11, 52 ff., 70 f., 87, 91, 95 f.

Zeitunabhängigkeit 212, 261
Zentralverwaltungswirtschaft 35
Zivilgerichte 31, 41
Zivilrechtsdogmatik 110 f., 113
Zollschranken 105
Zugangsbestätigung, 353
Zulassung 209, 353, 377, 361, 381
Zusammenschlusskontrolle 81 f., 285
Zuschlag 214 f., 396

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Adolphsen, Jens*: Internationale Dopingstrafen. 2003. *Band 78*.
- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Barnert, Thomas*: Die Gesellschafterklage im dualistischen System des Gesellschaftsrechts. 2003. *Band 82*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Wichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Benecke, Martina*: Gesetzesumgehung im Zivilrecht. 2004. *Band 94*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bitter, Georg*: Rechtsträgerschaft für fremde Rechnung. *Band 107*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Brors, Christiane*: Die Abschaffung der Fürsorgepflicht. 2002. *Band 67*.
- Bruns, Alexander*: Haftungsbeschränkung und Mindesthaftung. 2003. *Band 74*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Calliess, Galf-Peter*: Grenzüberschreitende Verbraucherverträge. 2006. *Band 103*.
- Casper, Matthias*: Der Optionsvertrag. 2005. *Band 98*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Dethloff, Nina*: Europäisierung des Wettbewerbsrechts. 2001. *Band 54*.
- Dreier, Thomas*: Kompensation und Prävention. 2002. *Band 71*.
- Drexel, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbauseinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Ebert, Ina*: Pönale Elemente im deutschen Privatrecht. 2004. *Band 86*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Ellger, Reinhard*: Bereicherung durch Eingriff. 2002. *Band 63*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Füller, Jens T.*: Eigenständiges Sachenrecht. 2006. *Band 104*.
- Giesen, Richard*: Tarifvertragliche Rechtsgestaltung für den Betrieb. 2002. *Band 64*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Gruber, Urs Peter*: Methoden des internationalen Einheitsrechts. 2004. *Band 87*.
- Gsell, Beate*: Substanzverletzung und Herstellung. 2003. *Band 80*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Haedicke, Maximilian*: Rechtskauf und Rechtsmängelhaftung. 2003. *Band 77*.
- Hanau, Hans*: Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Schranke privater Gestaltungsmacht. 2004. *Band 89*.
- Hau, Wolfgang*: Vertragsanpassung und Anpassungsvertrag. 2003. *Band 83*.

- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinemann, Andreas*: Immaterialgüterschutz in der Wettbewerbsordnung. 2002. *Band 65*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Hofer, Sibylle*: Freiheit ohne Grenzen. 2001. *Band 53*.
- Huber, Peter*: Irrtumsanfechtung und Sachmängelhaftung. 2001. *Band 58*.
- Jacobs, Matthias*: Der Gegenstand des Feststellungsverfahrens. 2005. *Band 97*.
- Jänich, Volker*: Geistiges Eigentum – eine Komplementärerscheinung zum Sacheigentum? 2002. *Band 66*.
- Jansen, Nils*: Die Struktur des Haftungsrechts. 2003. *Band 76*.
- Jung, Peter*: Der Unternehmensgesellschafter als personaler Kern der rechtsfähigen Gesellschaft. 2002. *Band 75*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Katzenmeier, Christian*: Arzthaftung. 2002. *Band 62*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Koch, Jens*: Die Patronatserklärung. 2005. *Band 99*.
- Körber, Torsten*: Grundfreiheiten und Privatrecht. 2004. *Band 93*.
- Koppenfels-Spies, Katharina von*: Die cessio legis. 2004. *Band 106*.
- Krause, Rüdiger*: Mitarbeit in Unternehmen. 2002. *Band 70*.
- Lipp, Volker*: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42*.
- Löhnig, Martin*: Treuhand. 2006. *Band 109*.
- Lohse, Andrea*: Unternehmerisches Ermessen. 2005. *Band 100*.
- Looschelders, Dirk*: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Mäsch, Gerald*: Chance und Schaden. 2004. *Band 92*.
- Mankowski, Peter*: Beseitigungsrechte. Anfechtung, Widerruf und verwandte Institute. 2003. *Band 81*.
- Meller-Hannich, Caroline*: Verbraucherschutz im Schuldvertragsrecht. 2005. *Band 101*.
- Merk, Hanno*: Unternehmenspublizität. 2001. *Band 51*.
- Möllers, Thomas M.J.*: Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18*.
- Muscheler, Karlheinz*: Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5*.
– Universalsukzession und Vonselbsterwerb. 2002. *Band 68*.
- Oechsler, Jürgen*: Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21*.
- Oetker, Hartmut*: Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9*.
- Ohly, Ansgar*: „Volenti non fit iniuria“ Die Einwilligung im Privatrecht. 2002. *Band 73*.
- Oppermann, Bernd H.*: Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3*.
- Peifer, Karl-Nikolaus*: Individualität im Zivilrecht. 2001. *Band 52*.
- Peters, Frank*: Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1*.

- Piekenbrock, Andreas:* Befristung, Verjährung, Verschweigung und Verwirkung. 2006. *Band 102.*
- Preuß, Nicola:* Zivilrechtspflege durch externe Funktionsträger. 2005. *Band 96.*
- Raab, Thomas:* Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41.*
- Reiff, Peter:* Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19.*
- Reppen, Tilman:* Die soziale Aufgabe des Privatrechts. 2001. *Band 60.*
- Röthel, Anne:* Normkonkretisierung im Privatrecht. 2004. *Band 91.*
- Rohe, Mathias:* Netzverträge. 1998. *Band 23.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39.*
- Saenger, Ingo:* Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27.*
- Sandmann, Bernd:* Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50.*
- Schäfer, Carsten:* Die Lehre vom fehlerhaften Verband. 2002. *Band 69.*
- Schnorr, Randolph:* Die Gemeinschaft nach Bruchteilen (§§ 741 – 758 BGB). 2004. *Band 88.*
- Schubel, Christian:* Verbandssouveränität und Binnenorganisation der Handelsgesellschaften. 2003. *Band 84.*
- Schur, Wolfgang:* Leistung und Sorgfalt. 2001. *Band 61.*
- Schwab, Martin:* Das Prozeßrecht gesellschaftsinterner Streitigkeiten. 2005. *Band 95.*
- Schwarze, Roland:* Vorvertragliche Verständigungspflichten. 2001. *Band 57.*
- Seiler, Wolfgang:* Verbraucherschutz auf elektronischen Märkten. 2006. *Band 108.*
- Sieker, Susanne:* Umgehungsgeschäfte. 2001. *Band 56.*
- Sosnitza, Olaf:* Besitz und Besitzschutz. 2003. *Band 85.*
- Stadler, Astrid:* Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15.*
- Stoffels, Markus:* Gesetzlich nicht geregelte Schuldverhältnisse. 2001. *Band 59.*
- Taeger, Jürgen:* Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13.*
- Trunk, Alexander:* Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28.*
- Veil, Rüdiger:* Unternehmensverträge. 2003. *Band 79.*
- Wagner, Gerhard:* Prozeßverträge. 1998. *Band 33.*
- Waltermann, Raimund:* Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14.*
- Weber, Christoph:* Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44.*
- Wendehorst, Christiane:* Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37.*
- Wiebe, Andreas:* Die elektronische Willenserklärung. 2002. *Band 72.*
- Wimmer-Leonhardt, Susanne:* Konzernhaftungsrecht. 2004. *Band 90.*
- Würthwein, Susanne:* Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48.*

